

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

14 (18.1.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Spaltenanzeigen 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtentgeltung des Zahlungsmittels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontore außer Kraft tritt. o. Geschäftsveränderung: 10 Karlsruher L. B. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,70 Mark, jährlich 14,00 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Geschäftsveränderung: 10 Karlsruher L. B. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Nummer 14

Karlsruhe, Montag, den 18. Januar 1932

52. Jahrgang

Dingeldey gegen Hugenberg

Dr. Dingeldey befahte sich auf einer Vertreterversammlung mit außenpolitischen Fragen, wobei er erklärte, der Standpunkt des Reichskanzlers, der dem Auslande die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen dargelegt habe, verdiene volle Zustimmung. Im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl meinte der Redner, es hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen, den Willen des deutschen Volkes zum Überstand auch dadurch erkennbar werden zu lassen, daß man sich ohne Zögern über die Wiederwahl des Reichspräsidenten verständigt. Von dem Brief Hugenbergs an den Reichskanzler meinte der Redner bedauernd, er habe leider einen einseitigen parteipolitischen Charakter getragen. Hätte man mit allen Kräften eine Volkswahl Hindenburgs unterstützt, so würde es geradezu erlösend gewirkt haben.

Bevorstehende Aufhebung des Abseichensverbotes

Wie aus Kreisen des Reichsinnenministeriums mitgeteilt wird, trifft die Meldung über eine bevorstehende Aufhebung des Abseichensverbotes insofern zu, als tatsächlich seit einiger Zeit Erwägungen dieser Art in den beteiligten Ressorts im Gange sind. Anlaß dazu haben die Schwierigkeiten gegeben, die sich bei der Durchführung des Abseichensverbotes, insbesondere bei den zahlreichen Grenzfällen, ergeben haben, wo es unklar blieb, ob es sich um politische oder nichtpolitische Abseichen handelt. Es ist damit zu rechnen, daß die Ressortbesprechungen bald zu einem Abschluß gelangen werden, und daß dann durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten die in Frage kommenden Paragrafen der Notverordnung vom 8. Dezember dergestalt abgeändert werden, daß das Tragen von politischen Abseichen wieder zugelassen wird.

Das Uniformverbot wird durch diese Abänderung der Notverordnung nicht berührt. Soll das die „neue Energie“ von Brüning-Gröner sein? Die Gebude der republikanischen Kreise wird allgemach auf eine fast unbehaltbare Probe gestellt.

Hitlers Großmannsucht

Am Auftrage Hitlers hat dessen Adjutant Goehring in Berlin am Kaiserdamm 34 eine Rezensionswohnung gemietet. Die Wohnung soll Herrn Hitler, wie es heißt, bei seinem Aufenthalt in Berlin als Abseichensquartier dienen. Unter einer großen Zimmerflucht macht es dieser „Arbeiterführer“ bekanntlich nie.

Aufruf zur Abrüstung

Zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hat sich in Deutschland ein Ausschuss für eine Rundgebung zur Abrüstungskonferenz gebildet. Dieser Ausschuss, dem Persönlichkeiten aller Parteien angehören, erläßt einen Aufruf, zu dessen Unterzeichnung alle deutschen Männer und Frauen aufgefordert und in dem von der Internationalen Abrüstungskonferenz verlangt wird, daß sie sofort und ohne Zögern den Verpflichtungen nachkommt, die hinsichtlich der Verminderung der nationalen Rüstungen eingegangen worden sind. Der Friede könne nur durch eine allgemeine Abrüstung wirklich gesichert werden. — Dem Ehrenauschuss für die Rundgebung gehören führende Frauen und Männer Deutschlands an.

Jüdische Protestkundgebung gegen nationalsozialistische Volksverhetzung

NB. Berlin, 16. Jan. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltete heute abend drei Massenkundgebungen, in denen 17 Redner und Rednerinnen aus allen Teilen des Reiches zu dem Thema „1932, das Jahr der Entschärfungen“ traten. Die Referenten wandten sich mit Entrüstung gegen die nationalsozialistischen Verleumdungen, die deutschen Juden zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren. In allen Versammlungen wurde eine weitere Kundgebung in der zum Kampf um Recht und für das deutsche Ansehen in der Welt aufgerufen wird, angenommen.

Volksbegehren in Oldenburg

Oldenburg, 17. Jan. Die Listen für das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sind geschlossen worden. Inzwischen sind die Listen aus den verschiedenen Gebieten soweit in Oldenburg eingetroffen, daß 206 000 Wahlberechtigte von insgesamt rund 350 000 Wahlberechtigten erzielt sind. Für diese Bezirke liegen 51 600 Einzeichnungen vor. Die für den Erfolg des Volksbegehrens erforderliche Zahl beträgt 20 000. Der Landtag wird nunmehr in seiner Februar-Sitzung zu entscheiden haben, ob er sich selbst auflösen will.

Espanische Monarchisten nach den Kanarischen Inseln verbannt

Cadix, 16. Jan. Die kürzlich wegen monarchistischer Umtriebe verurteilten vier Kanarieroffiziere sind nach den Kanarischen Inseln verbannt worden.

Verlängerung des Braunkohlenmonopols

Das Mitteldeutsche Braunkohlenmonopol ist auf fünf Jahre verlängert worden. Die Deutsche Erdöl-WG hat sich dem Sondat angeschlossen.

Übernahme der Ausfallbürgschaften im Kupfergeschäft einstweilen unmöglich

Auf zahlreiche Anfragen aus Industrie und Landwirtschaft wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß eine Übernahme von Ausfallbürgschaften im Kupfergeschäft infolge der in Zusammenhang mit dem im vorigen Jahre abgeschlossenen Pilsener-Abkommen stehenden sehr hohen Inanspruchnahme der Garantiemittel bis auf weiteres nicht möglich ist.

Was wird aus Lausanne?

Paris plaidiert für kurze Beratung und dann Vertagung auf Sommer

NB. Paris, 16. Jan. In einem offensichtlich inspirierten Artikel wirft der Außenpolitiker des Petit Parisien die Frage auf, ob es nützlich sei, die Lausanner Konferenz überhaupt abzuhalten. Der Erfolg dieser Konferenz hänge von dem Erfolg der Verhandlungen zwischen London und Paris ab. Es wäre vielleicht vorteilhafter, die Lausanner Konferenz zu vertagen und die Zeit bis zum 1. Juli dazu zu benutzen, um über das äußerst verwickelte Reparations- und Schuldenproblem ein Verständigungsverständnis mit England zu suchen und zu finden.

Journal erklärt, es habe aus offizieller Quelle erfahren, daß Frankreich eine Verschiebung der Konferenz um 5 oder 6 Monate vorgeschlagen habe, die Januarberatungen von Lausanne würden daher vier oder fünf Tage dauern. Die Delegierten würden sich damit begnügen, die vorbereiteten Arbeiten der Sachverständigen vom Juli 1931 zur Kenntnis zu nehmen und eine neue Besprechung für dieses Jahr zu verabreden. Gleichzeitig würde man in einer gemeinsamen Note an die amerikanische Regierung eine weitere Verlängerung des Hoover-Memoratoriums um sechs Monate vorschlagen, so daß also die zweite Repara-

tionskonferenz nach den Wahlen in Frankreich und in Preußen stattfinden würde.

Berlin, 17. Jan. Die Germania beschäftigt sich in ihrer Sonntagsnummer mit der jüngsten Anschauung Londons, daß Deutschland etwa 200 oder 300 Millionen an Reparationen zahlen könne. Dazu schreibt das Blatt, daß eine derartige Summe wohl für ein Land mit einem gefüllten Goldschatz und einer normal funktionierenden Wirtschaft nichts bedeutet, für eine arme Nation aber, wie Deutschland, unaufbringbar sei. Jedem Versuch, aus Deutschland diese sogenannten „Minimalleistungen“ herauszupressen, könne nur mit einem klaren und deutlichen „Unannehmbar“ beantwortet werden aus finanzpolitischen, aus psychologischen und nicht zuletzt aus arbeitsrechtlichen Erwägungen heraus.

London, 17. Jan. (Eig. Draht.) Die Einmütigkeit, mit der die englische Presse am Samstag den von uns seinerzeit gemeldeten, in der City zuerst aufgetauchten Gedanken einer Vertagung der Reparationslösung auf den Sommer und die vorläufige Einräumung eines Moratoriums aufnimmt, läßt darauf schließen, daß dieser Gedanke nun auch in englischen amtlichen Kreisen Fuß gefast hat.

Prozeß Hitler-Stennes

Hitler freigesprochen

Aber sein Angestellter wegen „übler Nachrede“ verurteilt
Berlin, 16. Jan. (SP.) Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde am Samstag die Belästigungssache des Hauptmann Stennes gegen Adolf Hitler und den Chefredakteur des Angriff, Dr. Pivper, verhandelt.
Hitler, der persönlich erschienen war, wurde freigesprochen, sein Mitangeklagter erhielt 300 Mark Geldstrafe, im Nichtbeibringungsfall 30 Tage Gefängnis.
Der erkennende Teil des Urteils soll auf Kosten des Nazi-Redakteurs im Angriff und im Wöllfischen Beobachter veröffentlicht werden. Dem Prozeß lagen die diffeamierenden Angriffe zugrunde, die anlässlich der Stennesrevue gegen Hitler in zahlreichen nationalsozialistischen Blättern gegen den abtrünnigen Chef Stennes gerichtet worden waren und in denen ihm der Vorwurf gemacht wurde, ein Volksfeind zu sein.

Adolf Hitler erklärte mit sich übergläubender Stimme und wilden Gesten, daß er von gar nichts wisse, daß er meber die Angriffe auf Hauptmann Stennes inspiriert, noch überhaupt etwas mit ihm zu tun habe. Wenn ich den infamirten Artikel im Wöllfischen Beobachter geschrieben hätte, so würde ich es sicher sagen. Der verantwortliche Redakteur wußte ja davon und ich würde mich damit

in die Hände des betreffenden Journalisten begeben. So dumme werde ich doch nicht sein.

In seinem Plädoyer greift der Verteidiger des Hauptmanns Stennes Hitler und die Seiner ungeniebig scharf an. Unter andern führt er aus: „Stennes war durchaus auf Kampf und Genossenschaft eingestellt, nicht aber darauf, daß seine alten politischen Freunde sich nicht scheuten, zu der Waffe der Erbschneidung und Verleumdung zu greifen. Die Art, wie die Angeklagten einen alten Offizier beschimpft haben, ist überaus häßlich; die moralische Verantwortung dafür wälzt ihnen kein Regen ab. Neun Monate haben Presse und Agitatoren der NSDAP den gemeinen Spießhewer durchs Land getragen. Herr Hitler, der immer die Erneuerung des Reiches im Munde führt, hat dieses schimpfliche Treiben stillschweigend gebuldet. Um diese Verantwortung heimeide ich ihn nicht. Auf einmal will Herr Hitler gar nicht im Bilde sein. Was den Chefredakteur des Angriff, Herrn Dr. Pivper, betrifft, so ist es ein Mann, für den die Begriffe der persönlichen Unfähigkeit und der Berufsethik keine Rolle zu spielen scheinen. Er ist ein Journalist, der für Geld alles spricht und schreibt, was von ihm gefordert wird. Er ist einer von den Leuten, die außer dem Strafgesetzbuch überhaupt nichts anerkennen. Herr Hitler aber muß es mit seinen eigenen Postulaten verantworten können, ob der Kampf gegen den völkischen Freund von gestern auf der Schmutzbasis der Erbschneidung geführt werden soll.“

Wo bleibt das Keuschheitsgelübde?

Hitlers oberster SS-Führer, Himmler, hat bekanntlich angeordnet, daß Eben fünfzigjährig nur noch bei ihm nach Erteilung des Heiratskonsens durch das Rasseamt im Braunen Hause geschlossen werden dürfen. Wir vermischen in dieser Verordnung, die das Heiraten der SS-Leute von einer Genehmigung abhängig macht, noch einen wichtigen Absatz, nämlich den: Im übrigen hat sich die SS als der Kern des neuen deutschen Adels im Dritten Reich streng an das Gelübde der Keuschheit zu halten, damit nicht durch ausschweifendes Lebenswandel vor der Ehe oder in der Ehe die Qualität der Nachkommenschaft beeinträchtigt wird.

Wir haben unsere guten Gründe dafür, daß wir diesen Absatz vermissen. Denn zur selben Zeit, als Himmler seine Verordnung herausgab, wurden vor einem Münchener Gericht zwei SS-Leute aus der Münchener Umgebung, also aus der nächsten Nähe Himmlers, verurteilt wegen Verleumdung der Sittlichkeit, verübt an einem volkschulpflichtigen Mädchen. Die beiden waderen Helden vom neuen Adel des Dritten Reiches, denen ihr Ortsgruppenleiter das Zeugnis ausstellte, daß sie tüchtige und pflichtbewusste Brautväter seien, waren über die volkschulpflichtige Tochter eines SA-Mannes hergefallen und hatten sie vergewaltigt.

Wir wissen nicht, ob bei den Herren SS-Leuten, die sich den gemeinen SA-Leuten gegenüber als Gardepolkaten, wenn nicht als Offiziere fühlen, die Uebereignung vorhanden ist, daß die Töchter der gemeinen SA-Leute ihnen zur Verfügung stehen müßten. Oder sollten sie auf die Anordnung der Heiratsgenehmigung durch Herrn Himmler damit antworten, daß sie sich auf andere Weise schadlos halten, sei es selbst an den minderjährigen Töchtern ihrer Parteifreunde?

Erlaßen Sie schleunigst den Keuschheitsbefehl, Herr Himmler. Ihre SS-Leute haben ihn nötig!

Boxheimer Verschwörer suchen Ablenkung

Der ehemalige heijliche Naziabgeordnete Schäfer stellt gegen seine ehemaligen Freunde Strafantrag wegen Verleumdung

Darmstadt, 17. Jan. (SP.) Das Darmstädter Naziblatt, in dem die Gauleitung Hessen der NSDAP, dieser Tage mit-

geteilt hat, daß gegen den Enthüller des Boxheimer Dokuments, den heijlichen Abgeordneten Karl Wilhelm Schäfer aus Offenbach Strafanzeige wegen Unterschlagung von 150 Mark Parteigeldern („neutrale“ Korrespondenzen und bürgerliche Zeitungen beileiten sich natürlich, diese angebliche „Unterschlagung“ sofort ebenfalls zu verlinken) und wegen intellektueller Urkundenfälschung durch unrechtmäßige Führung des Dokortitels erstattet worden sei, muß am Freitag einer Erklärung Schäfers Raum geben, in der festgestellt wird, daß Schäfer wegen dieser Veröffentlichung Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe. Er habe 100 Mark von einem Offenbacher Kaffetier erhalten, die er diesem nach seinem Austritt aus der NSDAP, wieder zurückerstattet habe. Ferner habe er noch 150 Mark Parteigelder von einem Porzellanhändler erhalten, von denen er 127,44 rechtmäßig zur Bezahlung der Telefongebühren für die Kreisgeschäftsstelle der NSDAP, Offenbach verwendet habe. Der Rest von 22,56 Mark habe nicht einmal zur Dedung der von ihm aus seiner Tasche verauslagten Frachtpfesen für Flugblätter gereicht, worüber er Belege besitze. Er habe also keine Gelder unterschlagen, sondern im Gegenteil noch Forderungen an die NSDAP. Sein Diplom, das nicht gefälscht, sondern von einer Universität ausgestellt sei, habe er der Darmstädter Gauleitung seinerzeit vorgelegt. Schließlich demontiert Schäfer die Behauptung von seinem Uebertritt zur SPD.

Japanische Flugzeuge bombardieren die Mandschurei

London, 18. Jan. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Japaner seit Samstag zahlreiche mandschurische Städte durch Flugzeuge bombardieren lassen. Dstlich von Charbin wurde ein Pulverlager entzündet und in die Luft selprenat. Die Bombardements haben bisher zahlreichen Menschen das Leben gekostet, und großen Sachschaden angerichtet. Man spricht von 40 Toten und ebensoviel Schwerverletzten.

Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches

Im Laufe des Jahres 1931 haben in verschiedenen Gebieten Neuwahlen zu den Landes- und Kommunalparlamenten stattgefunden. Diese Wahlen brachten für die Nationalsozialisten zum Teil erhebliche Gewinne gegenüber den Reichstagswahlen vom 14. September 1930; diese Gewinne betragen im einzelnen:

Bremen (Landtagswahlen)	113,3 Prozent
Braunschweig (Kreisstagswahlen)	12,7 "
Schaumburg-Lippe (Landtagswahlen)	49,1 "
Odenburg (Landtagswahlen)	38,4 "
Hamburg (Landtagswahlen)	36,4 "
Anhalt (Kreisstagswahlen)	77,9 "
Mecklenburg-Schwerin (Kreisstagswahlen)	88,1 "
Sachsen (Landtagswahlen)	100,5 "
Lippe-Deimold (1932, Kreisstagswahlen)	88,6 "

Die Frage ist naheliegend, ob mit einem weiteren Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen zu rechnen, ob dem nationalsozialistischen Vormarsch überhaupt eine Grenze gesetzt ist; dieses Problem ernsthaft geprüft zu haben, ist das Verdienst der „Zeitschrift für Politik“, die in ihrem Dezemberheft 1931 zu folgenden interessanten Ergebnissen kommt:

Es erhielten die Nationalsozialisten von der Gesamtheit der abgegebenen gültigen Stimmen im Jahr 1931 (und 1932):

in Bremen	25,6 Prozent
in Braunschweig	30,0 "
in Schaumburg-Lippe	27,0 "
in Odenburg	37,8 "
in Hamburg	26,2 "
in Anhalt	36,3 "
in Mecklenburg-Schwerin	41,0 "
in Sachsen	37,1 "
in Lippe-Deimold	30,9 "

Im Durchschnitt erreichten sie somit 32,4 Prozent für die Nationalsozialisten; in vorwiegend bäuerlichen Gebieten liegen die Ergebnisse über, in vorwiegend industriellen Gebieten unter diesem Durchschnittssatz.

Die alten bürgerlichen Parteien, auf deren einstige Kosten der nationalsozialistische Vormarsch erfolgt ist, haben seit den letzten Reichstagswahlen im ungünstigsten Falle 10,6 Prozent, im Durchschnitt aber annähernd 20 Prozent aller Stimmen erhalten. Auf diesem Niveau scheint eine relative Stabilisierung eingetreten zu sein, so daß den Nationalsozialisten im Reichsmehrheit nur rund 25 Prozent der Gesamtstimmen zur Verfügung stehen. Doch selbst wenn wir den ungünstigsten Fall (10,6 Prozent für alle alten bürgerlichen Parteien zusammen) annehmen, könnten die Nationalsozialisten nur höchstens 38,4 Prozent aller Stimmen gewinnen.

Ja: sogar das völlige Aufgeben aller bürgerlichen Parteien und — was wichtiger ist — ihrer geschlossenen Wählerkraft in der NSDAP (mit Ausnahme der katholischen Parteien) würde Herrn Hitler die von ihm erhoffte parlamentarische Mehrheit nicht bringen; selbst in diesem praktisch undiskutablen Grenzfall würde er nur 46 bis 49 Prozent aller Stimmen gewinnen können.

Der Sättigungsgrad aber wird tatsächlich schon viel früher erreicht sein; er liegt bei den für die anderen Parteien ungünstigsten Voraussetzungen bei 30 bis 38 Prozent. Mit anderen Worten: wenn wir die vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse auf den Reichsmehrheit übertragen — und wir sind dazu berechtigt! —, dann leben wir, daß schon heute sich die Nationalsozialisten der oberen Grenze ihrer Möglichkeiten nähern.

Niemand hat das alles klarer erkannt, als Herr Hitler selbst, der noch vor einem Jahr unter dem Eindruck der letzten Reichstagswahlen ernsthaft mit dem Gedanken der Alleinmacht spielte. Heute weiß er, daß diese Hoffnung trügerisch war; er hat sie endgültig begraben und sieht sich gezwungen, nach Bundesgenossen Ausschau zu halten.

Wenn aber die von ihm umhüllten Parteien der bürgerlichen Demokratie, die er für seine Koalitionsprojekte zu gewinnen sucht, die Nerven behalten und sich — nicht zuletzt um ihrer selbst willen! — einer größeren Zurückhaltung ihm gegenüber befleißigen, als bisher, dann wird in sehr naher Zukunft die nationalsozialistische Welle zum Stillstand kommen.

Zwei Tote von Karsten-Zentrum geborgen

Beuthen, 17. Jan. Die Rettungsmannschaften in der Karsten-Zentrumgrube haben gestern spät abends die Leiche des Zimmermanns Weich aus Beuthen geborgen. Weich war Familienvater und ist zwei Tage nach dem Unglück an den schweren Verletzungen, die er beim Zusammenbruch der Strecke erlitt, in der Grube gestorben. Heute nachmittag ist auch die Leiche des zweiten Toten, des Heizers Mich aus Beuthen, unter äußerster Gefahr geborgen worden. Mich hinterläßt Frau und zwei Kinder. Er lag ebenfalls unter Gestein eingeklemmt und ist erst nach vier Tagen von seinem Leiden erlöst worden. Von dem am 5. Januar verunglückten 14 Bergleuten werden jetzt noch fünf vermißt.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 18. Jan. Sonntag abend ist der Personenzug Paris-Abbeville um 19.10 Uhr bei Saint Just en Chaussée entgleist. Bei dem Unglück sind zehn Personen ums Leben gekommen. Zwölf Personen wurden verletzt. Ein Wagen ist umgestürzt. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht bekannt.

Reichspostministerium und weibliche Beamte

Der Reichspostminister hat die folgende Verfügung erlassen: Wenn in Fällen, in denen verbeirateten weiblichen Beamten das Dienstverhältnis gekündigt worden ist, sich im Laufe der Kündigungsfrist herausstellt, daß die wirtschaftliche Verorbarung nicht mehr gesichert erscheint, so ist die Kündigung zurückzunehmen. Es entspricht nicht der Absicht des Reichspostministeriums, daß die Kündigung in Schwebelassen und die Beamten über den Ablauf der Kündigungsfrist hinaus auf Widerruf beschäftigt wird. Gegebenenfalls würde die Kündigung später von neuem auszusprechen sein.

Schwere Zusammenköße in Spanien

Bilbao, 18. Jan. Auf der Straße gerieten traditionellistische Elemente mit Republikanern zusammen und erstere machten von ihren Waffen Gebrauch. Vier junge Leute wurden getötet; sieben Personen, darunter ein Gendarm, wurden verwundet.

Der Lohnkürzungskurs in Polen

Kattowitz, 17. Jan. Sämtliche Kohlengruben Polnisch-Oberschlesiens haben durch Anschlag ihren Belegschaften zum 1. Februar in ihrer Gesamtheit gekündigt. Eine Wiedereinstellung soll nur in Frage kommen, wenn sie in eine 20prozentige Lohnkürzung willigen.

Freistaat Baden

Harzburger Blechmusik

Landesvorstand und Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei hielten am gestrigen Sonntag in Karlsruhe eine Sitzung ab, die den ganzen Tag über dauerte. Reichstagsabg. Dr. Hanemann forderte den Kampf gegen Versailles, gegen Tribute und Marxismus. — Abg. Dr. Schmittner behandelte das Thema „Nationalsozialisten und wir“. Er führte aus, das Programm sei verschieden, aber hinsichtlich des Hauptzieles, Sturz der Regierung Brüning, des Youngplans und des Marxismus, seien Deutschnationale und Nationalsozialisten Bundesgenossen, und es müsse alles getan werden, was diese Front erhalte. — Landtagsabg. Dr. Brähler meinte, es gelte die nationale Revolution zu gewinnen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen und erklärt: Dem Parteiführer Eugenberg wird dafür gedankt, daß er den Vorschlag Brünings auf Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten abgelehnt hat.

Nationalsozialisten sind konkordatsbereit

In einem vom Führer veröffentlichten Artikel des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Herbert Kraft zur badischen Konkordatsfrage kommt zum Ausdruck, daß die NSDAP einen Vertragsabschluss mit der Kurie nicht grundsätzlich ablehnt.

Volksbegehren für Landtagsauflösung

Die Neue Badische Landeszeitung berichtet: „Auf dem „Kampfbühnen für rote Einheit“, der am Sonntag in Bierheim stattfand, nachdem er für Mannheim verboten worden war, wurde, wie uns mitgeteilt wird, von der Bezirksleitung der kommunistischen Partei Badens mitgeteilt, daß die NSDAP in Baden ein Volksbegehren für Auflösung des Badischen Landtags einleiten werde. Die kommunistische Aktion gründet sich auf den § 46 der badischen Verfassung, der bestimmt: Der Landtag ist vor Ablauf der Landtagsperiode alsbald aufzulösen, wenn es von 80 000 stimmberechtigten Staatsbürgern verlangt wird und bei der binnen einem Monat voraussendenden Volksabstimmung die Mehrheit der stimmberechtigten Staatsbürger diesem Verlangen beigetreten ist. Die Neuwahlen müssen längstens binnen einem Monat nach der Auflösung stattfinden.“

Man sieht, wenn die Kommunisten ihre Aktion wirklich durchführen, so wird es nur eine unnütze Demonstration, unnütze Un-

Nationalökonomische Irrlehren!

Genosse Professor Nötting vor der Arbeiterschaft von Baden-Baden und Umgebung!

Am Freitag, 8. Januar, sprach Genosse Universitätsprofessor Nötting im Saal der „Linde“ in Baden-Baden in einer öffentlichen Versammlung des Ortsartells der freien Gewerkschaften über nationalökonomische Irrlehren. Es sei eine alte Erfahrung, so führte der Redner aus, daß im Leben wirtschaftlichen Druckes die in der Not verzweifelnden Menschen sich Traumbildern und Irrlehren hingeben. Was der weiße Käse bei den Abhängern Weisenbergs, das sei das nationalökonomische Programm für die Anhänger Hitlers.

Der Nationalsozialismus ist unendlich Offizierskoffin für die Schichten der durch die Republik zurückgedrängten Bourgeoisie und Herberge zur Heimat für viele in ihrem politischen Glauben entzweigte Arbeiter und Kleinbürger.

Die Arbeiterbewegung lebe heute mit dem Hintergrund zerbrochener Sozialerwartungshoffnungen. Viele, die auf die nach der Revolution erwartete Sozialisierung der Schwerindustrie und des Bergbaus gehofft haben, seien enttäuscht und damit abgestoßen worden. Dazu komme der im Osten neu aufgegangene funkelnde Stern Moskauts. Er, Genosse Nötting, gehöre nicht zu denen, die sich über jede in Rußland zerbrochene Fensterheibe freuen. Sobald die Lebenshaltung in Rußland jemals die Lebenshaltung in kapitalistischen Ländern übersteigen werde, sei die Einsicht in die Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus für die Massen nicht mehr zu verschleiern. Der deutsche Arbeiter habe nicht die Anpassungsfähigkeit und die Fähigkeit, zu leben, wie der Russe, der Ton sei in der Hand eines Töfers. Mühselig der Deutsche die Leiden auf sich nehmen, mit denen in Rußland die Sozialisierung bezahlt wurde, so würden die heute lautesten Kommunisten die ersten sein, die nach Berrat fahren. Deutschland könne den Weg zum Sozialismus durch die Katastrophe nach russischem Beispiel nicht gehen. Wenn Rußland heute keine Arbeitlosen habe — wo habe es im Beginn des Maschinenalters jemals Arbeitslose gegeben? Inzeressant werde Rußland erst beim nächsten Fünfjahresplan, der nicht mehr dem Aufbau der Produktion, sondern der Verwertungswirtschaft zu dienen habe. Vorläufig lebe in Rußland, wo der Arbeiter politisch alles gekostet, der Arbeiter am schlechtesten, und in Amerika, dem Lande ohne Arbeiterbewegung, noch immer am besten. Wir haben in Deutschland einen zu großen Produktionsapparat, wir haben, um einen Vergleich zu nennen

univiele Radfäden und zu wenig Brot.

Viele geben sich heute der Stimmung hin: Alles zusammenhängen, die Arbeiterschaft habe doch nichts zu verlieren als ihre Ketten. Dieses Wort habe Karl Marx einmal vor achtzig Jahren im kommunistischen Manifest gesagt. Es wäre aber traurig, wenn heute, nach sechzig Jahren einer Arbeiterbewegung, dieses Wort noch immer keine Gültigkeit hätte. Aber wir haben vieles erreicht. Wir haben sehr wohl noch etwas zu verlieren. Manches eroberte Stück unserer Stellungen haben wir in der letzten Zeit wieder aufgeben müssen, manches Grabenstück haben wir verloren, aber die Stellung als Ganzes ist doch erhalten. Wir leben heute nach einer verlorenen Wahlmacht und in einer toten Zeit. Wir haben noch das demokratische Wahlrecht. In der Wahlzeit wenigstens sei jeder jedem gleich, da geht Herr Tölpel nicht mehr wie sein letzter Hoffecher. Mit dem demokratischen Wahlrecht sei uns der Punkt außerhalb der kapitalistischen Welt gegeben, von dem aus wir diese Welt aus den Angeln heben können. Die Arbeitnehmer sind 65 Prozent der deutschen Arbeiterschaft, bringen wir diese Arbeitnehmer zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, dann haben wir in Deutschland nicht nur die Mehrheit der Stimmkraft, sondern auch der Fäden.

Weshalb tolerieren wir?

Die Kommunisten reden von Brüningas Regierung als einem Kontor der Schwerindustrie. Wenn dies zuträfe, warum gäbe es dann ein Harzburg? Die Harzburger lassen Brüning um das, das Brüning noch nicht gegen uns dekretiert hat. Es gäbe eine Grenze dessen, was die christlichen Gewerkschaftssekretäre Brüning und Siegerwald an Sozialreaktion sich erlauben dürften. Wo sei die Möglichkeit einer anderen besseren Regierung? Von proletarischer Diktatur reden, das sei verantwortungslos. Eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es nicht und eine Revolution könne keinen modernen Staat, keinen Staat mit einer den Revolutionären gegenüber intakten Staatsgewalt übernehmen. Der Nationalsozialismus wäre eine Spielerei, wenn wir dessen Inhalt wären, daß die Staatsgewalt ihm gegenüber intakt sei. Aber gegenüber einer proletarischen Revolution würden die Machtmittel

rube und unnütze Kosten geben; denn die Mehrheit aller Stimmberechtigten — nicht etwa nur der Abstimmenden — werden die Parteien der radikalen Opposition, den Fall angenommen, daß die „nationale Opposition“ zum Dank für den Preußen-Vollentscheid in Baden für die „roten Volksentscheid“ eintritt, nicht aufbringen. Die Nationalsozialisten haben wohl gemerkt, warum sie Neuwahlen so innig ersehnen wie die Kommunisten, wozu, diesen Weg zu beschreiten, und eine Auflösung des Parlaments durch die Regierung oder das Parlament selbst propagieren, wozu jede gesetzliche Handhabe fehlt.“

Politische Keiberien

Kirchheim (bei Heidelberg), 16. Jan. Gestern abend fand in Kirchheim wiederum eine nationalsozialistische Versammlung statt, die infolge Zusuzus aus Heidelberg und anderen Orten von etwa 500 bis 600 Personen besucht war. Schon vor der Versammlung kam es zu kommunistischen Zusammenrottungen, wobei sich Sprechschöre betätigten. Nach Schluß der Versammlung wurden in einigen schlecht beleuchteten Straßen Steine auf die Teilnehmer geworfen. Zu ernstlichen Zusammenstößen ist es aber dank dem energischen Eingreifen der Polizei, die mit dem Gummiknüppel vorging, nicht gekommen. Auf beiden Seiten hat man mehreren Personen Schlagwerkzeuge abgenommen. Auch erlitten einige Verhaftungen. Am Mittwoch wird die Ruhe wieder hergestellt.

Zweite Verordnung gegen Waffenmißbrauch

Nach ministerieller Verordnung werden die im Freistaat Baden befindlichen „Original-Maufer-Schnellfeuerpistolen Kaliber 7,63 Millimeter“ nebst zugehöriger Munition bis auf weiteres in polizeiliche Verwahrung genommen. Sie sind bei schon vorhandenem Befehl binnen einer Woche, bei späterem Befehl binnen 3 Tagen von dem Befehl an das örtliche zuständige Bezirksamt (Pol.-Dir.) abzuliefern.

Haushaltsnotverordnung und Polizeibeamte

Die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes werden auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums nicht in die besetzte Aufstellungs- und Zulagenperiode einbezogen. Dagegen fallen auch sie unter die Beschränkung von 80 auf 75 Prozent. Unberührt bleiben sie jedoch von der allmählich eintretenden nachträglichen Bezahlung der Dienstbezüge der Beamten.

des Staates auf jeden Fall funktionieren. Was läme nach Brüning? Entweder das Schicksalgenosse pensionierter Reichsbürgere oder die Regierung der Schwerindustrie oder ein Hilferbeitendland. Wer wollte von dieser Sozialfrage sich ein Meun nehmen? Manche Kommunisten sagen: Laßt die Nazis an die Regierung, wir werden abwirtschaften und dann kommt unsere Zeit. Aber — Nun, man lenne das Sprichwort: Operation gelunnen, Patient tot. Und wer wolle behaupten, daß der Patient, die deutsche Arbeiterbewegung diese Operation überleben werde? Dorthin-Ungarn abgehnt nun 12 Jahre und Mussolini-Italien feiert dieses Jahr sein sechzigjähriges Jubiläum. Gibt das nicht zu denken?

Der Nationalsozialismus ist der letzte Schutz- und Schmutzwall um den Kapitalismus.

Im folgenden zerfällige Genosse Nötting die Heilmittel, die uns die Nazis heute anreihen: die Brechung der Finanzmacht, die dank der nationalsozialistischen Bürgerkriegsbeute nun in der Schweiz Laßage geworden ist, wohin man aus dem unheimlichen Deutschland sein Kapital flüchte; den Ansturm der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit, genannt Autarkie, bei unserer gewaltigen Exportwirtschaft; die sogenannte Binnenwährung, die schamhafte Umdeutung des Begriffs Inflation; und die Unterbringung ausländischer dem bösen raffen und dem guten schaffenden Kapital. Anstöße der nationalen Autarkie, der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit würden nur die Lazarier und die Kohlen- und Eisenintendanten sein, die Kreuze, die heute durch Zölle und Subventionen Stipendien der Allgemeinheit leisten und die sich nach den für alle allerdings herrlichen Zeiten des Krieges zurückziehen, wo es ihnen gut und allen anderen schlecht gina. Viele Vri Sozialismus finde bei der bisherigen kapitalistischen Zivilisation ein Echo, die bei der heutigen Krise nicht mehr von der Heiligkeit des Privateigentums schwärmen und sich doch nicht zu uns Sozialisten von der Arbeiterbewegung durchbringen können. Diese Kleinbürgerlichen Schichten aufgestellt zu haben, werde vielleicht einmal Hitler ein einziges geistliches Verdienst sein.

Ob der heutige Staat besser sei wie der alte? Das weiß man nicht, jedenfalls wisse man aber, daß der heutige Staat gefährlicher sei. Der alte Staat stand auf wirtschaftlichen Fragen im wesentlichen Gesehr bei Fuß, der heutige Staat diktiert jedem einzelnen einen Lohn, eine Miete, eine Preise. In diesem heutigen Staat dürfe die Arbeiterbewegung nicht zu einem bloßen Protestklub herabstinken, was im alten Staat vielleicht anging. Politische Gewalt habe die Löhne von 1924 bis 1929 um 60 Prozent gesteigert, wie sie heute politische Gewalt wieder herabdrückte, nach der für die Arbeiterkraft verlorenen Wahlmacht vom September 1930.

Im Jahre 1932 werde die Entscheidung für oder gegen den Faschismus, für oder gegen den Sozialismus fallen. Ein so bunter Dausse wie die Nationalsozialisten lasse sich nicht auf lange Zeit zusammenhalten; wenn Hitler 1932 nicht fiene, werde seine Partei sich auflösen. Der Nationalsozialismus könne nicht eine Schlacht verlieren, ohne daß sich kein bunter Landstrecktschahse auflösen werde; wir aber können wohl eine Schlacht verlieren, die geschulte sozialistische Arbeiterschaft werde aber auch noch einer verlorenen Schlacht wieder stehen, und darum werden wir den Krieg nicht verlieren!

Die Ausführungen des Genossen Professor Nötting fanden in der sehr gut besetzten Versammlung beste Aufmerksamkeit und starken Beifall. Da ein Kommunist, der sich durch Zwischenrufe darüber aufreute, daß Genosse Nötting den Lebensstandard des Arbeiters in Amerika höher laute wie den Standard des russischen Arbeiters — Genosse Nötting laute das im Verleisch apischen der kapitalistischen voll ausgebauten Wirtschaft, die das Schicksal der Aufbau nicht mehr nötig habe, also ohne jede Spitze gegen Rußland — in der Diskussion leider nicht seine gewiß interessanten geantenteitige Meinung zum Besten zu geben wuste, ging die Versammlung ohne Diskussion aus.

Der Vorsitzende des ADGB, Ortsauschuss Baden-Baden und Umgebung, Gen. Schneider, dankte in einem kurzen Schlußwort dem Referenten für sein ausgezeichnetes Referat und der Versammlung für das zahlreiche Erscheinen, wor nach der große Raube-Saal bis zum letzten Platz gefüllt, ein Beweis, daß die freibeitliche gefundene Arbeiterschaft des Sozial noch da ist, wenn man sie ruft. Dem freien Gewerkschaftsartell und seinem Vorsitzenden kann nur Dank gesagt werden, für Baden-Baden einen soch ausgezeichneten Referenten, wie es Gen. Nötting ist, herbeigeführt zu haben.

„Das Werk Brünings“

In Frankreich finden in einigen Wochen Parlamentswahlen statt. Unsere Genossen in Elsass-Lothringen haben gegen die Autonomisten und die Kommunisten keinen leichten Stand. Der Eifer der Wahlpropaganda braucht aber deswegen unser Straßburger Parteiblatt (Freie Presse — La Presse Libre) noch lange nicht dazu verleiten, in der Frage der politischen Zustände Deutschlands es dem schlimmsten Nationalisten gleich zu tun. Das geschieht aber in der Ausgabe vom Donnerstag, den 14. Januar. Es ist doch einfach eine feine Verächtigung Deutschlands, wenn die Freie Presse gegenüber der Erklärung des Reichsministers über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wörtlich erklärt:

„In Wirklichkeit hat es ja seit Kriegsende immer nur so getan, als ob es zahlen wolle, in Wirklichkeit hat es so gut wie nichts bezahlt. Was es bezahlt, bezahlt es mit geliehenem Gelde. So wie das Reich durch seinen Vorkriegsstand die eigenen Bürger ausblüdete, so pumpt es zu gleicher Zeit Gott und die Welt an.“

Wenn das Gustave Ferné geschrieben hätte, oder wenn diese Beschimpfung und Verächtigung Deutschlands in einem nationalpolitischen Boulevardblatt stehen würde, dann kein Wort darüber, aber in einem sozialistischen Blatt das zu lesen, ist denn doch beinahe ungläublich. Die Freie Presse stützt dann einen Satz aus einem Artikel des Genossen Kell aus den Tagen, als der Youngplan vom Reichstag angenommen wurde: „Man mag sich zum Youngplan stellen wie man will, vorläufig muß das deutsche Volk zahlen.“ Die deutsche Sozialdemokratie hat in Uebereinstimmung mit der Internationalen immer den Standpunkt vertreten, daß Deutschland die in Frankreich und Belgien durch die Kriegshandlungen entstandenen Schäden wieder gut zu machen habe, aber nicht mehr. Die deutsche Sozialdemokratie hat stets die Art verurteilt, wie Deutschland Reparationen zu bezahlen hatte, weil sie aus dieser Art und der Form der Zahlungen in sicherer Voraussicht schwere allgemeine wirtschaftliche Schäden sah. Die deutsche Sozialdemokratie hat auch zu keiner Stunde den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die ungelassen und sinnlosen Lasten, die das Verfallene Gewalttätigkeit dem deutschen Volke auferlegt, niemals bis zum Ende getragen werden und getragen werden können. Diese Auffassung ist nachgerade Gemeingut aller verantwortungsbewußten Menschen auf der ganzen Welt geworden. Durch die Weltkriege hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands berart gestaltet, daß Deutschland für alle Welt sichtbar, am Ende seiner Zahlungsfrist hinsichtlich der Verpflichtungen aus dem Kriege angelangt ist. Wir sind auch fest davon überzeugt, daß die bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen durchaus dem materiellen Schaden entsprechen und ihn beugen, der in Frankreich und Belgien durch den Krieg entstanden ist. Was darüber hinausgeht, ist zur Unmöglichkeit für Deutschland geworden.

Wir geben zu, daß das Irreführende und verantwortungslose Treiben der deutschen Nationalisten es aufs Überste erschwert, daß in Frankreich die Einsicht wächst, daß Deutschland die ihm im Versaillesvertrag zugewiesenen unerfüllbaren Lasten abgenommen werden müssen. Wir sind auch überzeugt, daß ohne das nationalpolitische Treiben in Deutschland die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ganz andere Fortschritte gemacht hätte, Fortschritte, die ein Segen für alle europäischen Völker und vielleicht darüber hinaus wären. Wir in Deutschland kämpfen auch aus diesem Grunde mit allen uns verfügbaren Kräften gegen die nationalpolitische Geheule, die das deutsche Volk zu zerstören droht. Aber man sollte sich in Frankreich nicht darüber täuschen, und erst recht nicht im Elsass, daß gerade die Ungeuerlichkeit des Versaillesvertrages den deutschen Nationalisten immer wieder Wasser auf ihre Mühlen spendet. Wenn nun sogar aus dem doch immerhin in seiner Bevölkerung deutschen Elsass solche nationalpolitische Töne zu hören sind, wie sie das sozialistische Organ in Straßburg bietet, so ist das erneut eine, wenn auch ungewollte Stärkung und Hilfeleistung für unsere Nationalisten in Deutschland.

Wir finden es unerträglich, daß ein sozialistisches Blatt es wagen kann, den bisher durch die Tat wirklich bewiesenen guten Willen Deutschlands berart in Zweifel zu ziehen und bezuzwecken, wie es leider die Freie Presse in Straßburg tut. Zu solchen Leistungen sollten auch die Interessen der Wohlpropaganda Sozialisten nicht verleiten. Wir stimmen dem parlamentarischen Führer der englischen Arbeiterpartei durchaus zu, wenn er hinsichtlich der internationalen politischen Zahlungen ausruft: „Schwamm drüber!“

Gewerkschaftliches

Die Eisenbahner zur Wirtschaftskrise

Dreitagabend fand im Volkshaus in Karlsruhe eine eindrucksvolle Kundgebung der Eisenbahner Karlsruhe statt, in der Roll, Perket aus Heppenheim über „Die wahren Ursachen der heutigen Weltwirtschaftskrise“ sprach. Die Hauptursache der heutigen Krise, so betonte der Redner, ist im Wahnsinn des Weltkrieges und in der Lasten die auf sich genommen wurden. Die Produktion mehr Güter als der Markt will, als die Walle zu laufen in der Lage ist. Bei Behandlung der Kriegs- und Friedenspolitik wies er darauf hin, daß trotz allen Geschreis über den Versailles-„Schandvertrag“ die Wirtschaftsgewaltigkeit niemals erklärt hat, daß sie die Reparationslasten nicht zahlen kann, sondern sie hat sie unter Ausnutzung des Personals auf Heller und Pfennig ohne Widerpruch bezahlt. Durch die sinnlose Lohnsenkung gehen den Eisenbahnerpersonal in Deutschland allein jährlich 92 Millionen Mark verloren, die reiflos der Wirtschaft entzogen werden. Die heutige Not ist nicht zuletzt mittergeschuldet durch den Teil der Volksgenossen, wenn ihm das Wasser am Damm steht. Sie kennen sich dann in der Regel in der Politik nicht aus und geben deshalb jedem Wort, das sie hören, ein Garn. Die politische Krise wird sich selbstverständlich auf die Wirtschaft aus und diese Wirtschaftskrise wird von der Gegenrevolution, von den Faschisten benutzt, um zur Macht zu kommen.

Die Arbeiterschaft darf sich trotz aller Not der Zeit nicht irren lassen und

wehe ihr, wenn sie im Entscheidungskampf, der im Jahre 1932 sicher kommen wird, nicht weiß, wo sie zu stehen hat.

Berücksichtigung der Gewerkschaften, Beseitigung des Tarifrechts, Kampf aller sozialen Errungenschaften und politischen Freiheiten, ist das Ziel des Faschismus. Die Arbeiterschaft hat noch sehr viel zu verlieren, aber ohne schlafrichtige Organisation sind wir machtlos. Die Mehlmäher und Mäher und Indifferenten sind die größten Feinde der Arbeiterschaft und damit in heillosen Verblendung ihre eigenen Feinde. Wahnsinnig ist die Streikparole einer Partei, Arbeiterpartei in einem Zeitpunkt, wo auf jeden freien Arbeiter 170 Bewerber kommen. Die selbstmörderische Gleichgültigkeit gegen die Indifferenten ist für die Arbeiterschaft nachgerade unerträglich geworden. Es biete sich selbst aufgeben, wollte die Arbeiterschaft diesen Zustand weiter dulden.

Der Lohnabbau

ist eine internationale Erscheinung, aber wenn die wirtschaftliche Lage auch trübselig ist, so muß doch an der Parole festgehalten wer-

Aus aller Welt

Schiffwassertastafel im Mississippigebiet

Memphis, 17. Jan. Die Schiffwassertastafel am Mississippifluß im Stromgebiet des Mississippi nimmt ungeheure Ausmaße an. Insgesamt sind in sechs Grafschaften etwa 325 000 acres überflutet. Unter der Wassermacht von Swan Lake herrscht die Finsternis, daß das ganze Viehstrecke verloren ist.

Haftbefehl gegen das Ehepaar Salaban

MN. Berlin, 16. Jan. Heute mittags wurde von dem Vernehmungsrichter gegen Dr. Salaban und Frau Haftbefehl wegen Münzverbrechens erlassen. Beide werden noch heute dem Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert.

Sprengstofffunde in Hagen

W. Hagen, 18. Jan. Die im Zusammenhang mit den großen Sprengstoff- und Waffenfunden verhafteten vier Personen werden am heutigen Montag dem zuständigen Richter amts Erlasse eines Haftbefehls zugeführt werden. Einer der Verhafteten hat einen Selbstmordversuch unternommen, ein anderer hat bereits ein Geständnis abgelegt. Der gleichzeitig verhaftete über 60 Jahre alte Schreinermeister dürfte mit der Angelegenheit kaum etwas zu tun haben, so daß zu erwarten ist, daß er heute wieder aus der Haft entlassen wird.

Drei Tode bei einer Autodiebstahl

Amsterdam, 16. Jan. Während gestern nachmittags im Haag ein Autodiebstahl im Krankenhaus stattfand, wurde sein Auto von einem jungen Mann gestohlen. Dieser fuhr mit dem Wagen nach Delft. Hier lud er sich fünf Freunde zu einer Autofahrt ein. Auf der Landstraße zwischen Delft und dem Haag fürzte der Wagen in einen tiefen Wassergraben. Drei von den jungen Leuten ertranken.

Folgen schwere Explosion eines Granatjägers

Blantenberg a. d. Saale (Kr. Jena), 18. Jan. Ein schweres Unglück ereignete sich hier am Samstag nachmittags nach 1 Uhr. Hier Kinder, drei Knaben und ein Mädchen im Alter von fünf bis sechs Jahren spielten mit dem Aufschlag einer 7,5-Zentimetergranate. Pflötzlich erfolgte eine schwere Explosion. Ein fünfjähriger Knabe war sofort tot, ein zweiter gleichaltriger starb nach kurzer Zeit; ein fünfjähriges Mädchen wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, während ein sechsjähriger Knabe leichter verletzt wurde.

Giftschlangen gefährden Vögelarbeiten der Feuerwehr

Hambura, 16. Jan. In der letzten Nacht brach in einer Tierhandlung Feuer aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand eine große Anzahl von Tierfägen in Flammen. Viele Tiere waren bereits tot. Die Feuerwehr mußte mehrere Giftschlangen, die durch den Brand aus ihren Terrarien befreit worden waren, töten, da die Vögelarbeiten durch sie gefährdet waren. Der Brand ist vermutlich durch eine Petroleumlampe entstanden, die zur Erwärmung unter einem Schlangenbehälter angebracht war.

Keine Brandstiftung bei Sarajau

Brüssel, 17. Jan. (Eig. Ber.) Die amtliche Untersuchung über die Ursache der Feuersbrunst im Zirkus Sarajau in Antwerpen hat bisher ergeben, daß der Brand wahrscheinlich auf die Unvorsichtigkeit des Zirkuspersonals zurückzuführen ist, das trotz strengen Verbots bis spät in die Nacht Zigaretten geraucht hat. Ein Angestellter soll ein brennendes Zigarettenende weggeworfen und den Brand verursacht haben. Die Annahme, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist, wird von keiner Seite mehr ernst genommen, auch nicht von der Zirkusverwaltung. Von den Elefanten des Zirkus ist bisher keiner verendet. Zwei befinden sich jedoch in bedenklichem Zustande, zwei sind erblindet. Die übrigen verwundeten Elefanten befinden sich auf dem Wege der Genesung.

Aus dem Gerichtssaal

Schwarzbrennerei in nächster Nähe des Gerichtsgebäudes

im Karlsruhe, 15. Jan. Vor der Strafabteilung des Amtsgerichts Karlsruhe hatte sich heute der 29jährige vorbestrafte ledige Arbeiter K. E. D. aus Karlsruhe wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz zu verantworten. Der Angeklagte war durch Strafbefehl mit zwei Monaten Gefängnis und 318 Mark Geldstrafe belegt worden und hatte hiergegen Einspruch eingelegt mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

Der Angeklagte hat in der ersten Aussprache vorigen Jahres im Anwesen der Wirtschaft „zur Karlsburg“ in der Abenteurerstraße aus einem Doseleimer Suder 845 Liter Maische hergestellt, um daraus Branntwein zu brennen, ohne die Monopolverordnung abzuwarten. Sein Vorhaben ist jedoch mißlungen, weil Beamte des Hauptzolles rechtzeitig eingriffen. Der Angeklagte gibt den Sachverhalt zu und macht geltend, aus wirtschaftlicher Notlage gezwungen zu haben. Er trug, so er sagte, die zweimonatige Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln, die er rasch besäßen wolle. Vom Richter wird ihm erklärt, daß nach dem Gesetz bei Monopolvergehen auf Gefängnisstrafe erkannt werden muß. Der Angeklagte verbißt zur Zeit eine ebenfalls wegen Schwarzbrennerei gegen ihn ausgesprochene dreimonatige Gefängnisstrafe; außerdem hat er noch 48 000 M. Geldstrafe, sowie eine Reststrafe von 680 M. zu zahlen; davon ist noch nichts bezahlt; auch die Erlösung von 500 M. Wertpapiere steht noch aus. Die Einrichtungsgegenstände für die Gebrauchsgegenstände hat er zum Teil von seinem Bruder erhalten, zum andern Teil selbst hergestellt. Wie der Angeklagte angibt, hat er täglich höchstens acht Liter Branntwein herstellen können. Ein Beamter des Hauptzolles befand, daß der Angeklagte sich in einer gewissen Notlage befand.

Der Anklagevertreter betonte, man dürfe sich durch das materielle Verhalten, das der Angeklagte heute zur Schau trage, nicht täuschen lassen. Man habe es hier mit einem frechen und raffinierten Schwarzbrenner zu tun. Seine Frechheit offenbare sich darin, daß er ausgerechnet in dem Gebäudeblock, in welchem sich das Amtsgericht, die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei befinden, eine Schwarzbrennerei einrichtete. Er glaubte offenbar, daß dort niemand eine Gebrauchsgegenstände vermutete. Die ganze Sache hatte einen recht barmhertigen Anstrich. Wenn man sich die Geräte — darunter ein alter Badewann — ansah, kam kein Mensch auf den Gedanken, daß es sich hierbei um eine Gebrauchsgegenstände handeln könnte. Die Maische befand sich in einer Kiste, die äußerlich wie jede andere Kiste ausah; nur wenn man sich näher mit der Sache beschäftigte, sah man, daß die Kiste innen mit Blech ausgekleidet war — eine originale Idee des Angeklagten, die keine Wohlüberlegtheit, aber auch keine Gefährlichkeit zeigt. Wenn das Unternehmen geklappt hätte, hätte es die Gefängnisstrafe gebracht. Branntwein in ganz erheblichem Umfange zu produzieren. Der Staatsanwalt beantragte eine empfindliche Gefängnisstrafe, da der Angeklagte unmittelbar vorher wegen gleichartiger Verfehlungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Es sei bei der Strafbemessung zu berücksichtigen, daß ein Schwarzbrenner ein gemeinheitsgefährlicher Schädling sei. Ein Vertreter des Hauptzolles Karlsruhe als Nebenkläger trat den Ausführungen bei und wies darauf hin, daß D. nach den Erfahrungen des Hauptzolles einer der gefährlichsten Schwarzbrenner des ganzen Reichs sei.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten D. wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz zu zwei Monaten Gefängnis und 318 Mark Geldstrafe, ersatzweise einem weiteren Monat Gefängnis. Gleichzeitig erkannte das Gericht auf Einziehung der beschlagnahmten Gebrauchsgegenstände.

Geldstrafe oder Spende für die Winterhilfe

im Karlsruhe, 15. Jan. Der Arbeiterschützenverein in Rösch hatte am 22. November in der dortigen Wirtschaft am Bahnhof eine Tanzunterhaltung, die vom Bezirksamt Ettlingen mit der Maßgabe genehmigt war, daß nur schriftlich eingeladene Mitglieder teilnehmen dürfen. Der Vereinsvorstand, der Kaufmann Wilhelm D. e. d. aus Rösch lud dazu den Vorstand des Arbeiterportartells ein, der wiederum veranlaßte, daß sich noch einige weitere Vereinsvorstände zu der Veranstaltung einfanden, zu der auch durch ein ausgelegtes Plakat eingeladen wurde. Das Fest nahm einen anregenden Verlauf und das Tanzbein wurde munter geschwungen. Das feste Ende kam hinterher in Form einer Strafverfügung in Höhe von 25 Mark wegen unerlaubter Tanzabhaltung. Der Empfänger des Strafbefehls, der Vereinsvorstand, erhob dagegen Einspruch. Die Verlesung wurde darin erblickt, daß an der Tanzveranstaltung nicht nur schriftlich einladende Mitglieder teilnahmen und zur Teilnahme ein öffentliches Plakat aufforderte. Auf seinen Einbruch hatte sich heute der Einsprichter mit dieser mildernden Angelegenheit zu befassen. Der Angeklagte erklärt, die Strafe nicht zahlen zu wollen, da er sich einer strafbaren Handlung nicht bewußt sei. Er sei aber bereit, 10 Mark für die Winterhilfe zu entrichten. Das leuchtete dem Richter ein und er verhandelt mit dem Staatsanwalt. Das Ergebnis ist folgender Vorschlag an den Angeklagten: Er möge seinen Einspruch zurücknehmen und den Strafbefehl rechtskräftig werden lassen. Mit Einverständnis des Gerichts würde ihm dann Strafaufschub auf Wohlverhalten bis 1. Februar 1933 gewährt unter der Bedingung, daß er 10 Mark für die Winterhilfe zahle.

Der Angeklagte hat Bedenken gegen den Vorschlag: „... Wenn mir aber in der Zwischenzeit wieder etwas passiert und ich etwa aus Unkenntnis der Bestimmungen bestraft werde...“

Richter: „Dann müssen Sie die 25 Mark Strafe bezahlen! Sie scheinen der Sache nicht recht zu trauen?“

Also wurde der Fall verhandelt. Die Verhandlung endete damit, daß nun gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 10 Mark ausgesprochen wird.

Nun erhält die Staatskasse die 10 Mark, die der Angeklagte für die Winterhilfe vorgegeben hätte Schade!

Volkswirtschaft

Zu der Generalversammlung der Bauereigenenschaft vormals S. Manninger in Karlsruhe wurden die Vorschläge der Verwaltung für die Gewinnverteilung einstimmig genehmigt. Demzufolge wird der Gewinn in Höhe von RM. 418 851,71 wie folgt verwendet: Abschreibungen 244 971,50 RM., 6 Prozent Dividende aus RM. 5000 Vorzugsaktien = 300 RM., 5 Prozent Dividende aus RM. 3 400 000 Stammaktien = 170 000 RM.

Die badische Elektrizität A.G. Mannheim, die die Zahlungen einstellte und suspendiert werden soll, hat den Gläubigern e. B. gebeten, die Durchführung der Vergleichsverhandlungen zu übernehmen und den Gläubigern e. B. zu übernehmen. Nach dem vorläufigen Status vom 11. Januar ist das 100 000 RM. betragende Aktienkapital vollständig verloren. Darüber hinaus ist noch ein weiterer kleiner Verlust entstanden.

Chefredakteur: Georg Eöpplein Verantwortlich: Volpert, Friedrich Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Rechte Nachrichten: E. Gräberbaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Baden badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durich, Gerichtspraxis, Reaktionen. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Ausflüge: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Emilie wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

den, daß wer nicht für uns ist gegen uns ist. Fassen wir alle uns noch fernstehenden Kollegen in unserer Kampforganisation, dem Einheitsverband zusammen, dann können wir mit dem Diktator ausruhen: „Und wenn die Welt voll Teufel war, und wollt uns gar verfluchen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen!“

Die infruktiven, temperamentvollen Ausführungen des Referenten wurden von der Volksbühne durch die ständigen Versammlung mit begeistertem Beifall aufgenommen. Die anschließende Diskussion gab dem Kommunisten Bauer Gelegenheit, wieder einmal vor einer aufbelebten Versammlung seine Phrasen auszubringen, denn seine A.G.O. Scherz geben ihm diese Gelegenheit doch nicht. Der Referent nahm sich im Schlußwort den Herrn ganz gehörig vor und wies ihm schlagend den Widerspruch seines Standpunktes nach, der gelagert ist, die Arbeiterschaft dem anfälligen Untergang entgegenzuführen. Er forderte die Eisenbahner auf, sich von den Streikangelegenheiten der Spalter der Eisenbahner nicht betören zu lassen. Das urelteste Interesse der Eisenbahner ist es, ihre Gewerkschaft schlagkräftig zu erhalten und soweit sie ihr den Rücken gelehrt haben, den Schritt wieder auf zu machen durch Wiedereintritt in ihre Organisation. Es ist dazu nicht zu spät und es kann alles noch gut werden.

Keine Winterluft schadet der Haut nicht, wenn Sie zur Pflege die herliche Creme Leodor nehmen, ein vorzügliches Mittel gegen Rote Haut. Rote Padung fesselt — blasse Padung fesselt. Unter-Vorkriegspreis, 120

Kleine bad. Chronik

Zwei Knaben vom Auto getötet

Florenzheim, 16. Jan. Gestern nachmittags kurz nach 5 Uhr sprang Ede Park- und Lindenstraße der 8 Jahre alte Klaus Martini kurz vor einem Personenkraftwagen über die Straße. Der Junge wurde von dem Auto erfaßt und überfahren. Sowohl das Vorder- als auch das Hinterrad ging über das Kind. Im Krankenhaus konnte nur noch der Tod des Jungen festgestellt werden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Ausbruchsvorwurf des Gemäldediebes von Mannheim

Mannheim, 17. Jan. Wie gemeldet wird, unternahm der Matrose Berweijen, der den Silberdiebstahl im Mannheimer Schloß verübte und zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt wurde, einen raffinierten Ausbruchsvorwurf aus dem Zuchthaus in Bruchsal. Der eingehend vorbereitete Plan zeigt, daß der Verdacht des erkennenden Gerichts, der Täter sei ein Mitglied einer internationalen Bande, vollumfänglich berechtigt war. Berweijen hatte es schon hier verstanden, durch Vorklärung sich mit seinen Komplizen in Verbindung zu setzen. In Bruchsal waren einige Autos nächtlicher Weise in die Nähe des Zuchthauses gelangt und hatten ihre Scheinwerfer auf das Zellenfenster des Einbrechers gerichtet, der auf diese Weise in der Nacht arbeiten und sich befreien konnte. Es war ihm gelungen, bis auf die Zuchthausmauer zu kommen, wo er aber durch die Aufmerksamkeit der Wächter wieder festgenommen werden konnte. — In einem hinterlassenen Schreiben hatte er mitgeteilt, daß er auch schon aus dem amerikanischen Sing Sing ausgebrochen sei.

Mannheim, 16. Jan. In Neuostheim rannte ein sieben Jahre alter Knabe einem Ball nach. Dabei geriet er unter ein Personenkraftwagen und wurde auf der Stelle getötet.

Freiburg, 16. Jan. Tolle Verhewbung. Vor wenigen Tagen wurde aus Freiburg gemeldet, daß hier ein junger Mann von auswärts aufgegriffen worden sei, der seinem Stiefvater 1477 Mark entwendet hatte und damit flüchtete. Der leichtsinnige Bürsche ist der 24jährige Stiefsohn eines Dentisten aus Neuenburg am Rhein. Von dem gestohlenen Geld verpulverte er in knapp anderthalb Tagen so an die 1300 Mark herum. Bald nach seiner Ankunft in Freiburg war er mit einem von Stunde zu Stunde zunehmenden Schwarm von männlichen und weiblichen Scharozern umgeben. Mit vollen Händen schleuderte er das Geld hinaus, alles, was sich in seiner Gesellschaft befand, lebte auf seine Kosten herzlich und in Freuden. Trinkgelage mit Gett, kostspielige Autofahrten, wieder Schampus und dann wieder Fahrten von einem teuren Lokal zum andern, das mühsam flüchtige Trinkgelde an Kellner und Kellnerinnen. In diesem Turnus ging es fort, bis die Polizei dem tolen Verhewbungspust ein Ende bereitete und den diebischen Ausreißer hinter Schloß und Riegel legte.

Wonndorf. Im benachbarten Grafenhausen geriet ein fährerloser Personenkraftwagen plötzlich in Bewegung und rollte auf der abschüssigen Straße gegen eine Mauer, riß diese um und fuhr gegen das Futterganget, nahm auch dieses mit und durchbroch schließlich die Stallwand und blieb im Pferdestall stehen. Der Wagen wurde beschädigt.

Kommunistischer Stadtverordneter verhaftet

Mannheim, 16. Jan. Nach Mitteilung der Arbeiter-Zeitung wurde heute früh der kommunistische Stadtverordnete Lohfink von Beamten der Politischen Polizei in seiner Wohnung verhaftet. Die Gründe sind nicht bekannt.

Die badischen Aktiengesellschaften im Jahre 1931

Das Badische Statistische Landesamt teilt mit: Seit einer Reihe von Jahren veröffentlicht das Badische Statistische Landesamt jeweils eine Uebersicht über die Zahl und die Entwicklung der badischen Aktiengesellschaften im vergangenen Kalenderjahr. Diese statistische Darstellung gibt zugleich einen beachtenswerten Auschnitt aus dem wirtschaftlichen Leben unserer badischen Heimat in dem genannten Zeitraum. Das Jahr 1931 war nun, mehr noch als seine Vorgänger, ein Jahr erster wirtschaftlicher Krisen. Es kann daher nicht überraschen, daß die Zahl der badischen Aktiengesellschaften, die seit 1924 mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1928 ständig gesunken ist, im vergangenen Jahre einen weiteren Rückgang erfahren hat: sie ist von 424 zu Jahresbeginn auf 403 Gesellschaften am Schluß des Jahres gefallen. Einem Zuwachs von 7 neuen Gesellschaften steht ein Abgang von 28 Gesellschaften gegenüber.

Wie sehr die Wirtschaftskrisis auf die badischen Aktiengesellschaften eingewirkt hat, geht s. Z. auch aus dem Schicksal der 28 aufgelassenen Gesellschaften hervor. Ueber nicht weniger als 9 Gesellschaften wurde das Konkursverfahren eröffnet, eine Gesellschaft ging im Wege der Fusion auf eine andere U.G. über und eine Gesellschaft verlegte ihren Sitz nach Auerbachen. Von diesen aufgehobenen Aktiengesellschaften entfielen 13 auf den Handel, 6 auf die Metall- und Maschinenindustrie, je 2 auf die Holz- und Nahrungsmittelindustrie, je 1 auf den Bergbau, auf die Stein-, chemische und Textilindustrie sowie auf das Verkehrswesen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die meisten der aufgelassenen Gesellschaften Nachkriegsgründungen waren, nur 4 bestanden schon vor 1914.

Noch klarer als der verhältnismäßig hohe Anteil der Konkursöffnungen an den Auflösungen lassen die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften im letzten Bilanzjahr die nachteiligen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrisis erkennen. Von insgesamt 325 Gesellschaften, deren Bilanzen für 1930, bzw. 1930/31 bisher bekannt geworden sind, konnten nur 105, also nicht einmal ein Drittel, eine Gewinnausschüttung vornehmen. 147 Gesellschaften haben sogar mit Verlust abgeschlossen, die restlichen 73 Gesellschaften erzielten zwar einen bilanzmäßigen Gewinn, mußten jedoch von einer Dividendenverteilung absehen. Letzteres muß angenommen werden, daß das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Gewinn- und Verlustgesellschaften, wenn sämtliche Bilanzen vorliegen, sich noch mehr zu Ungunsten der erikeren verändert wird, da erfahrungsgemäß die Gesellschaften, die ihre Bilanzen verspätet herausbringen, vorwiegend solche sind, die mit Verlust gearbeitet haben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine Randwelle des nordwesteuropäischen Zentraltiefs hat auf Samstag nachmittags unter aufstreichenden Südwestwinden Bewölkungszunahme und im Norden des Landes gegen Abend vorübergehend leichten Regen gebracht. Vorher herrschte heiteres und trodenes Wetter, leichte Nachfröste. Die allgemeine Wetterlage ist auch heute noch wenig geändert. Der veränderliche Witterungscharakter wird erhalten bleiben.

Witterungsaussichten für Dienstag, den 19. Januar 1932: Zeitweise heiter und höchstens leichte Niederschläge, südwestliche Winde. Temperaturen wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Rheinfels 37, Waldschat 231, Schusterinsel 95, Rebl 249, Maxau 486, Mannheim 341 Zentimeter.

Aus der Stadt Durlach

Der neue Oberbürgermeister und die Eingemeindungsfrage

Das Durlacher Wochenblatt veröffentlicht ein Interview mit dem nunmehr durch den Landeskommissar kommissarisch zum Oberbürgermeister von Durlach bestimmten Stadtratsrat Hermann Karlsruher. Dieses Interview bewegt sich im allgemeinen durchaus in den üblichen Gemeinplätzen. Bedächtig interessant ist die Stellungnahme des neuen Oberbürgermeisters zur Eingemeindungsfrage, die er für keine dringende Notwendigkeit hält, und von der er die Auffassung hat, daß sie verkehrt aufgefaßt worden sei.

Wie liegen denn die Dinge? Etwa im Monat August oder September vorigen Jahres brachte der Vertreter des evangelischen Volksdienstes im Stadtrat den Antrag ein, Eingemeindungsverhandlungen mit Karlsruhe anzubahnen; dieser Antrag wurde im Stadtrat einstimmig angenommen und eine Kommission bestimmt, die unter Führung des Bürgermeisters Rihert mit Karlsruhe Fühlung nehmen soll. Dies geschieht und wird in Karlsruhe eine Prüfung der Sache ausgelast. Sonst ist von leiten Durlachs unseres Wissens nichts geschehen, als daß im Dezember im Stadtrat, ebenfalls wieder vom evangelischen Volksdienst aus, beantragt und mit Mehrheit beschloffen wurde, die Verhandlungen abzubrechen. In gutes Deutsch übersetzt, liegen die Dinge so: Hätte man in Karlsruhe die Auffassung, zur Zeit ein vorteilhaftes Geschäft mit der Eingemeindung Durlachs zu machen, wäre dort die Aufnahme des Gedankens weniger „füßig“ gewesen. Aber da die größeren wirtschaftlichen und vor allem finanziellen Vorteile einer solchen „Beirat“ zweifellos auf Seiten Durlachs gelegen hätten, läßt man sich in Karlsruhe „Zeit zur Prüfung“. Und das neue Stadtoberhaupt, das übrigens am 25. d. M. seinen Dienst antritt, wird bald finden, daß die Sache, vom Standpunkt der Stadterhaltung Durlachs aus und mit der nötigen Sachkenntnis betrachtet, eine etwas andere Perspektive bekommt. Er wird sich der Stadtverwaltung des Stadtrats, „rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ und trotz der Angst des Durlacher Einzelhandels. Hier entscheiden letzten Endes nicht Sympathien und Antipathien, sondern harte wirtschaftliche Notwendigkeiten und das Wohl oder Wehe der Gesamtheit der Einwohnerschaft. Nach unserer unmaßgeblichen Ueberzeugung werden die Durlacher Fürsorgeempfänger das erste „Objekt“ sein, das das Weiterbestehen Durlachs als selbständiges Gemeinwesen bitter zu fühlen bekommt. Und Herr Weinbrecht, der gefassten der Sach ausprobt: Uns Kommunisten ist es gleichgültig, wer Bürgermeister von Durlach wird, dürfte bald Anlaß finden, darüber nachzudenken, daß es nicht immer mit der „großen Klippe“ getan ist.

Bericht der Stadtratsitzung vom 15. Januar Fortsetzung der Sitzung vom 13. Januar

Inspektur 3 i p v e r beim städtischen Wasserwerk wird als Arbeiter bestellt. Bademeister Meier erhält eine Woche Urlaub. — Ein Angestellter des städtischen Gaswerks, der nach dem Beschluß der Sparkommission auf 1. Januar zur Entlassung kommen sollte, wird umständehalber bis 1. Oktober ds. Js. weiterbeschäftigt. — Dem Gesuch eines schon früher im städtischen Krankenhaus tätige gewesenen Assistenzarztes um Wiederbeschäftigung wird stattgegeben. Die bisher dort tätig gewesene Assistenzärztin soll, da sie verheiratet ist, zur Entlassung kommen. — Einem Gesuch um Nachlaß von Grundbuchamtsgebühren wird teilweise entsprochen. — Zwei Gesuchen um Erlassung von Veranlagungssteuer wird in einem Falle ganz, im andern teilweise entsprochen. — Die Ernennung des Stadtoberverwaltungsrats Hermann Karlsruher zum kommissarisch bestellten Bürgermeister der Stadt durch den Landeskommissar wird bekanntgegeben, ebenso die für denselben festgesetzten Bezüge.

Sie übersteigen die Bezüge des bisherigen Oberbürgermeisters um rund 700 Mark.

Diese Mitteilung bewirkt bei der bürgerlichen Stadtratsmehrheit, einschließlich Kommunisten, etwas längliche Gespräche. Die Herren verließen sich sogar dazu, den Stadtrat zum Protest dagegen aufzufordern zu wollen, ohne zu bedenken, daß der Landeskommissar genau nach Rechtslage verfahren ist und verfahren mußte. — Gen. Platzgraf nahm die Gelegenheit wahr, um den Herren der bürgerlichen Mehrheit einmal gründlich ihr Verhalten in der ganzen Bürgermeisterwahlangelegenheit im Spiegel zu zeigen.

Die Dinge liegen jetzt so, daß der städtische Aufwand für den einen Bürgermeister einschließlich der Gehälter zu zahlenden Pensionen an die beiden zur Ruhe gegangenen Bürgermeister um etwa 5000 Mark höher ist als die bisher bezahlten Gehälter für die beiden Bürgermeister.

Um diese „seniale“ Lösung (man erinnere sich, daß beispielsweise der Abbau des 2. Bürgermeisterpostens, der in seiner Begründung als Sparmaßnahme beschloffen wurde) wird die Durlacher Gemeinde:

Im Auftrag des Testamentvollstreckers ver-

steigern vor

Kriegsstraße 176

1 Treppe hoch, Nachlaß Dr. Frh. Hans Wwe., Dienstag, 19. und Mittwoch, 20. Januar (jeweils nachmittags 1/2 Uhr, Abdel- und Einrichtungsgeschäfte, darunter hübsche Schrankkammer, Vertikalapparat 400x300, Samarra 30x360, 2 Speisezimmer, 200 Gläser und Römer, 2 Schrankgrammophone und 200 Platten 200 Bücher, feine Tisch- und Bettwäsche, Tisch, Stühle, Schränke u. vieles and. J. u. F. Woss, Auktionsdirektor, I. Ga. Galerie No. 6.

Ämtliche Bekanntmachungen

Mietunterstützung aus Mitteln der Gebäudesondersteuer.

Die Mietunterstützungsabteilung des städt. Rechnungsdamts — Gebäudesondersteuer — bleibt wegen Veranahme besonderer Arbeiten in der Woche vom 18. bis mit 23. Januar 1932 geschlossen. Karlsruhe, den 15. Januar 1932. Der Oberbürgermeister.

Etklinger Anzeigen

Die Stellen des Bestattungsordners und der Leichenräucher sind auf Ende März ds. Js. neu zu besetzen. In Betracht kommen körperlich kräftige Bewerber, die durch ihre anderweitige Tätigkeit von der Beforgung des Dienstes nicht abgehalten sind. Anmeldungen auf diese Stellen haben spätestens bis zum 1. Februar 1932 beim Bürgermeisteramt zu erfolgen. Ettlingen, den 15. Januar 1932. Gemeinderat. — Der Bürgermeister.

verwaltung zweifellos weit und breit „beneidet“ werden. Und da die Nationalsozialisten den Löwenanteil an diesem Erfolg für sich in Anspruch nehmen, wird das furchtbar ihren bürgerlichen Anhang „gewaltig“ imponieren. Ueberhand Nützung vor einer solchen „heimlichen“ Gemeindepolitik.

Partei-Nachrichten

„Carl Sebering.“ Eine Biographie von Dr. Hans Menzel. S. V. B. (Historisch-Politische Verlag.) Berlin G. m. b. H., Berlin SW. 68, Preis 1,25 RM.

Die Schrift Dr. Menzels ist das erste Glied einer Reihe von Vortragsbüchern, mit deren Herausgabe der S. V. B. den Versuch unternimmt, die verantwortlichen Führer des politischen Geschehens der letzten 13 Jahre dem Volke in ihrer geschichtlichen Bedeutung klar zu machen. In kurzen Entwürfen zeichnet der Verfasser das Lebensbild Carl Seberings, eines der markantesten politischen Persönlichkeiten des neuen Deutschland. Es ist eine tabellarische Karriere, die dem Velefänger Jungen vom Schloßberglina zum Polizeiminister aufsteigen läßt, aber sie wurde erst möglich unter der Demokratie, in der sich die im Volke schlummernden Kräfte frei entfalten können. Wie Carl Sebering das wurde, was er heute ist, wie er durch die „babe Schule“ der Gewerkschaftsarbeit ging, im Wirken in der Selbstverwaltung, als Parlamentarier und später — gekürt im Feuer der Verantwortlichkeit großer politischer Missionen — in das Amt hineingeworfen, das getrieben Hans Menzel in leidenschaftlichen Darlegungen auf, die uns ein klares Bild geben von dem Menschen, dem Politiker, dem republikanischen Führer Sebering.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt

Unsere erste Mitgaliiederversammlung in diesem Jahre mit Vortrag findet im Lokal „Unter den Linden“, Ede Dorfstraße und Kaiseralle, am 23. Januar, abends 8 Uhr, statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich den Tag freizubehalten. Näheres folgt nach.

Programm der Feiertage in der Woche vom 18. bis 24. Jan.

Bezirk Mühlburg-Grünmühl, Sardsbüle: Montag: Das bürgerliche Recht. Referent Gen. Rechtsanwalt Hoffmann.

Bezirk Seebach, Sardsbüle, Seebacher Schule: Dienstag: Die Erziehung zum sozialistischen Menschen. Ref. Gen. Pfarrer Wö.

Bezirk Daxlanden, Volkshaus: Dienstag: Die deutsche Sozialgeschichte. Referent Gen. Koch.

Bezirk Daxlanden, Karl-Wilhelm-Schule: Dienstag: Der Wandel der Sitten. Referent Gen. Dr. Wilsch.

Bezirk Seebach, Volkshaus: Dienstag: Die deutsche Reichsverfassung. Referent Gen. Reichstagsabg. Dr. Marum.

Bezirk Alt- und Südbach, Sardsbüle, Sardsbüle: Donnerstag: Was bieten die Konsumgenossenschaften den Arbeitern? Ref. Gen. Wöhrner.

Bezirk Seebach, Gutenberg-Schule: Freitag: Die deutsche Reichsverfassung. Referent Gen. Rechtsanwalt Emmerich.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Unter ältesten Mitgaliid Kamerad Kramer ist gestorben. Antritt zur Beerdigung Dienstag, 19. Januar, 11.45 Uhr vor der Friedhofskapelle, (Zivilhaus).

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 15. Januar: Ferd. Haas, 72 Jahre alt, Witwer, Fabrikant, Beerdigung am 18. Januar, 15 Uhr. Christiane Köhler, 52 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Köhler, Metzger, Beerdigung am 18. Januar, 15 Uhr. Heinrich 4 Jahre alt, Vater Fritz Schmidt, Fabrikdirektor (Waden-Baden). — 16. Januar: Helmut, 4 Monate, 13 Tage alt, Vater Richard Sanns, Kaufmann (Mühlburg). Günther, 19 Tage alt, Vater Fritz Sanns, Kohlenhändler. Beerdigung am 18. Januar, halb 12 Uhr.

Verrentenanzeiger

Verrentenangezeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden vom Redaktionsamt verworfen.

Verrenten. J.R. Jugend. Montag abend 8 Uhr Jugendversammlung in der Gambriusalle. Durlach. Parteigenossen, Gewerkschafter, Arbeiterportier! Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Freiballe Durlachs. Hieran werden die Mitglieder dringend eingeladen. Monomöglich um 7/8 Uhr erscheinen. 144

Inventur-AUSVERKAUF

Die Restbestände und angestaubte Waren sollen heraus!

Deshalb haben wir unsere Preise teils noch weiter herabgesetzt!

HERMANN

KARLSRUHE



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

18. Januar

1899 *Französischer Philosoph Montesquieu. — 1871 das deutsche Kaiserreich in Versailles proklamiert. — 1918 Russische Konstitution von den Bolschewisten aufgelöst. — 1920 Vertriebsrätegesetz angenommen. — 1921 *Astronom und Erfinder W. Förster. — 1927 *Samu Jassag, Vorsitzender des ungarischen Gewerkschaftsbundes.

Aushändigung von Wertsendungen an unbekannte Personen

Die Postverwaltung lässt darüber, daß in letzter Zeit wiederholt Einlieferer von Wertsendungen an unbekannte Empfänger, die als Untermieter wohnen, ohne nähere Auskunft und ohne Fortdauer einer Briefkäse ausbezahlt worden und dadurch Besorgern in die Hände gefallen sind. Durch einen Erlass des Reichspostministeriums werden, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, die Postämter aus diesem Anlaß nachdrücklich aufgefordert, die bestehenden Bestimmungen über die Aushändigung von Wertsendungen genau zu befolgen und sich vor Erlassung von Wertsendungen zu hüten. Hiernach sind Einlieferer von Wertsendungen, Wertbriefe und versiegelte Wertpapiere sowie Post- und Zahlungsanweisungen erst auszuhändigen, wenn sie der unbekannte Empfänger entweder durch vollständige Ausweisung ausgemittelt hat oder wenn ein vertrauenswürdiges Verlangen, deren Zahlungsfähigkeit außer Zweifel steht, z. B. der Witze oder der Witwin, durch Namensangabe mit dem Zusage: „Als Bürge für die rechtmäßige Aushändigung“ die volle Briefkäse für den Empfänger ihrerseits übernommen hat.

Kundgebung für die Frauenarbeit

Der außerordentlich gut besuchte Ratssaal legte Zeugnis ab von der Einmütigkeit, mit der eine große Zahl Karlsruher Frauenverbände der dankenswerten Anregung des hiesigen Verbandes für Frauenbeschäftigungen gefolgt war, gemeinsam für den kulturellen und volkswirtschaftlichen Wert der Frauenarbeit zu demonstrieren. In der Reichsversammlung ist das Recht jedes Deutschen auf Arbeit anerkannt. Aber die Zeit der Wirtschaftskrisis, die den radikalen Parteien von rechts und links einen ungeheuren Zulauf sichert, rüttelt auch an rechtlich verankerten Rechten und sucht die Lasten auf diejenigen abzuladen, die die schwächsten Schultern haben. Die Arbeiterklasse weiß ein Lied davon zu singen und mit ihr die Frauen, die sich am wenigsten wehren können. Die Front, die sich gegen die Frauenberufswirtschaft gebildet hat, kämpft mit unerbittlichen Waffen. Sie arbeitet mit sittlichen und historischen Argumenten, um allein nur die aktuelle Wirtschaftskrisis abgeblendet sein kann. In dem laudlich ausgedehnten, mit feinem Humor durchwürzten Referat „Wirtschaftskrisis und Frauenarbeit“ von Frau Dr. Rosa Kempf von der Sozialen Frauenhilfe Frankfurt a. M. kam die Unabsehbarkeit all dieser Einwürfe überzeugend zum Ausdruck. Als Demokratin Frau Dr. Kempf auf historisch kapitalistischem Boden. Ihre Ansichten über die Wirtschaftskrisis, die nach ihrer eigenen Aussage durch persönliche Charaktere tragen, konnten aber nicht befriedigen. Doch machte sich in ihrem Referat, dem jede frauenlämpferische Spitze fehlte, ein harter und lebensbejahender Optimismus geltend, der die freudige Zustimmung und den dankbaren Beifall der zahlreichen Hörerschaft hervorrief.

An der anschließenden auf hoher Warte stehenden Diskussion beteiligten sich die Vertreterinnen aller anwesenden Frauenorganisationen. Auf so verschiedenem weltanschaulichen und politischen Boden sie auch standen, kam doch übereinstimmend das hohe sittliche Berufsethos und ein starkes Verantwortungsbewußt zum Ausdruck, das über alle Gegensätze hinweg der Kundgebung ein einheitliches und von lebendiger Überzeugung getragenes Gepräge verlieh. Wenn die Sprecherinnen der politisch rechts gerichteten Parteien mit ihrem mutigen Bekenntnis zu einem fortschrittlichen und den modernen Verhältnissen Rechnung tragenden Frauenentwurf in den Reihen ihrer politischen Organisationen Widerhall finden könnten, so wäre damit der hohe fortschrittliche und erzieherische Wert der politischen Betätigung der Frau klar erwiesen. Alle Frauenorganisationen schlossen sich zu einer Resolution zusammen, in der der Wille der Frauen zum Ausdruck kam, gemeinsam mit dem Mann die schweren Lasten, die die Wirtschaftskrisis auf sie zu tragen. Frau Rosger, die in gewohnt sicherer Weise die Besprechung leitete, verstand es, den neutralen Charakter der Kundgebung zu wahren.

Das neue Karlsruher Notabzeichen ist erschienen

Es ist nach einem Entwurf von Prof. Willi Max Scheid von der Badischen Kunstgewerkschule in Form eines Notabzeichens zum Vorjahre, wo die übereinandergestellten Buchstaben des Wortes „Not“ mit einer Flamme das Abzeichen bildeten, hat der Künstler in diesem Jahre die Karlsruher Notabzeichen als Symbol übernommen und sich zu einem Silberstern mit schwarzen Horizontalstreifen gestaltet. Der Künstler will mit dem neuen Notabzeichen das höchste Karlsruhe zum Ausdruck bringen. Zu dem Notabzeichen hat Prof. W. M. Scheid folgende Geleitsworte geschrieben:

„Ein Stern,
der Hoffnung
leuchtet uns zu
auch Deine
Gabe
halt mit
dazu!“

Hoffentlich wird das neue Karlsruher Notabzeichen, der Karlsruher Hoffnungsstern, wie ihn der Künstler so sinnig getauft hat, bald von allen Karlsruhern getragen werden. Das Notabzeichen gelangt in den nächsten Tagen durch die Werberinnen und Werber der Notgemeinschaft zum Verkauf und wird auch im Straßenverkauf angeboten. Der Verkaufspreis wird in diesem Jahre, um jedem den Erwerb des Abzeichens zu ermöglichen, auf 30 Pf. festgelegt.

Aus Organisationen und Vereinen

Die Durchführung der Stadtrandbebauung

Die vom Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen veranstaltete Vortragsreihe über die halbländliche Stadtbauweise schloß mit einem Vortrag, in dem Herr Ministerialrat Professor Stürzenacker vom Badischen Ministerium des Innern über die Maßnahmen der 3. Rotterordnung zur Umänderung der Lage der Erwerbslosen durch Schaffung von Stadtrandbebauungen berichtete. Der Redner führte weiterhin die 5 Vorträge der Vortragsreihe zu einem Schlussergebnis zusammen und gab somit den wiederum in sehr großer Zahl erschienenen Gästen und Mitgliedern des Vereins ein Bild über die Lage und die Durchführung der Umgestaltung in Baden. Der Referent führte u. a. aus: Durch das Festhalten bestimmter Erwerbsquellen der Vorkriegszeit, das Sinautreten der verstärkten Frauenarbeit um werden auch bei Besserung der wirtschaftlichen Lage etwa zwei Millionen arbeitslos bleiben. Wenn will die 3. Rotterordnung durch Umwidmung in gewissem Umfang Arbeit und Ernährungsgrundlage geben. Die Knappheit der öffentlichen Mittel ermöglicht im ganzen Reich vorläufig nur

Die Falschmünzer

Wie „die falschen fünfziger“ an den Mann gebracht werden — Aus der Arbeit der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen“

Die vor einem Berliner Gericht kürzlich erfolgte Verurteilung der falschmünzenden Brüder Sob hat das Interesse der Allgemeinheit wieder einmal auf die Falschmünzerei gelenkt.

Szene am Posthalter: Eine Arbeiterfrau will ein paar Mark auf eine Postanweisung einzahlen. Sie reicht dem Beamten einen Zwanzigmarkschein. Der will ihn gerade welegen, stutzt, hält ihn gegen das Licht und sagt trocken: „Ein falscher! Den Schein muß ich einziehen.“ Die Frau ist fassungslos. 20 Mark verloren! Ein kaum tragbarer Verlust. — Fast immer sind es die Angehörigen der ärmeren Schichten, an die die Fabrikanten von Falschgeld ihre Produkte absetzen: Arbeiter, kleine Geschäftsleute, Tagelöhner, Zeitungsbedienten. Falschgeld rückt durch Deutschland — wie schalten wir uns vor ihm? Nur durch größte Aufmerksamkeit und sorgsamste Bekämpfung der erhaltenen Geldscheine.

Mit allen modernen Abwehrmitteln kämpft die Polizei gegen das Falschmünzen. In Berlin, in einem großen, grauen Hause, nahe der Reichsbank, hat die Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen ihren Sitz. Sie arbeitet Hand in Hand mit der Reichsbank und hat während der Jahre ihres Bestehens schon Hunderte von Falschmünzern zur Strecke gebracht. Kurz nach dem Kriege wurde sie gegründet. Bis dahin waren Münzverbrechen verhältnismäßig selten. Erst in der Inflation, als die knapp gewordene Papiergeldbede der Reichsbank anwuchs, ungeheure Mengen Geldnoten in den Verkehr zu bringen, wandte sich das Verursacherverbrechen, das inzwischen durch die hohe Schule der Lebensmittelfälschung gegangen war, diesem lukrativen Erwerbszweig zu. Wie Risse schossen die Falschmünzwerkstätten aus der Erde. Die technisch schlecht geschulten Geldscheine der Inflationzeit verleiteten geradezu zu Nachahmung. Eine wahre Flut brach auf dem Falschmünzmarkt aus, und neben den deutschen Geldscheinen wurden auch ausländische Noten in Hülle und Fülle gefälscht und unter das Publikum gebracht. Als dann die Rentenmarkt kam, ging die Zahl der Fälschungen herunter, doch wurden selbst in den Jahren 1924 und 1925 noch hunderte von Personen wegen Münzverbrechen verurteilt.

Und heute? Die Wirtschaftskrisis des vorigen Jahres mit all ihren Auswirkungen hat den Anlaß zum Falschmünzen wieder häufiger answellen lassen. Allerdings werden weit weniger Banknoten gefälscht als in den Inflationsjahren. Dies hat seinen Grund: Zur Nachahmung der Reichsbanknoten, die in einem komplizierten Druckverfahren hergestellt werden, braucht man Betriebskapital, Stoffliches Material und eine Menge von technischen Fertigkeiten und Fachkenntnissen. Monatelang muß verjagt und probiert werden, ehe man endlich an die Ausführung gehen kann, denn der Druck einer einzigen Note erfordert 12 Arbeitstage. Deshalb haben sich in den letzten Jahren die berufsmäßigen Fälscher immer mehr auf die Anfertigung von Metallgeld umgestellt. Unterscheiden sich die gefälschten Noten meist durch mangelnde Bilder und Wasserzeichen von den echten, so erkennt man die Metall-

geldfälschungen verhältnismäßig leicht am Klang. Meist stimmen sie auch im Gewicht nicht mit den echten Geldstücken überein, da der Fälscher hauptsächlich auf das Aussehen seiner Regierung achten muß. 80 Prozent aller Falschstücke sind schwerer oder leichter als das Original, das jeweils zum Vorbild diente. In Frage kommen ausschließlich Zwei- oder Fünfundzwanzigmarkstücke, während sich die Fälschung der kleineren Münzen kaum lohnen würde.

Außerordentlich gut ist der Absatz der Falschstücke organisiert. Meist schicken die Fabrikanten ihre Vertreter in Kolonnen durch ganz Deutschland. Eine Kolonne besteht gewöhnlich aus zwei Mann. Sie fahren von Stadt zu Stadt und suchen hauptsächlich kleine Geschäftsleute heim. Dabei verwenden sie folgenden Trick: Während der eine den Laden betritt, eine Kleinigkeit kauft, ein Falschstück in Zahlung gibt und den Verkäufer durch vieles Reden und Tragen abzulenken versucht, wartet draußen kein Komplize, der einen ganzen Vorrat an Falschstücken mit sich führt. Ist das Manöver geglückt, so treffen sie sich nachher wieder unauffällig. Der erste gibt dem zweiten die gekaufte Ware und nimmt ein neues Falschstück in Empfang. Manchmal sind auch drei an dem Betrieb beteiligt. Dann vollzieht sich die Sache so: Der erste gibt das Falschstück in Zahlung, der zweite wartet wieder in der Nähe des Geschäftes und der dritte hat die Aufgabe, den ersten zu bedecken. Kommt es zu Schwierigkeiten, so betritt er ebenfalls den Laden, mischt sich ins Gespräch und er bietet sich im Notfall, als angelegener Sachverständiger, den fraglichen Schein umzuwechseln. Fast immer fallen die Geschäftsleute auf diesen Trick herein.

Wie arbeitet nun die „Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen“? Sie führt eine lückenlose Kartei über alle Fälschungen; über alle Personen, die sich des Münzverbrechens schuldig gemacht haben oder auch nur verdächtig sind. Innerhalb der Kartei sind die Hersteller von Falschgeld genau klassifiziert: Der macht nur Fünfundzwanzigmarkstücke, der andere ist Spezialist für Metallgeld; die Fälschungen des einen weisen immer wieder dieselben Kennzeichen und Fehler auf. Taucht nun irgendwo ein solches Falschstück auf, so versucht man an Hand der Kartei, die zugleich auch eine interessante Sachverhaltsammlung ist, die Werkstatt herauszufinden, oder aus Technik und Fertigkeit der Nachahmung wichtige Anhaltspunkte zu gewinnen. Auch altnaet ist oft mit Hilfe der eingangs erwähnten Meldungen, die Reiseroute der Abzahlkolonnen festzustellen. Die örtlichen Polizeibehörden werden durch Postbesuche benachrichtigt und warnen dann ihrerseits die Geschäftsleute vor Eintreffen der Kolonnen.

Schwierig ist die Aushebung der Werkstätten selber. In den menschenüberfüllten Großstädten können sich die Falschmünzerverbände durch öfteres Wechseln ihres Unterschlupfes immer wieder der Verfolgung entziehen. Es gehört eine mühselige Kleinarbeit, oft monatelange Beobachtung dazu, ehe einer dieser „Fabrikanten“ gefasst werden kann. Trotzdem hat die Zentralstelle allein im vorigen Jahre mehrere Dutzend Werkstätten ausgehoben.

Die Schaffung von 20 000 Siedlerstellen und weiteren 80 000 Gartenstellen am Rande der Städte. Die Rotterordnung sieht eine Förderung dieser Maßnahmen in den nächsten Jahren vor, so daß in 10 Jahren 2 Millionen Erwerbsloser im Eigentum oder wenigstens im Genus eines genügend großen Stück Landes sind, das ihre Lebenshaltung erleichtert.

Die Siedler sind natürlich mit aller Sorgfalt auszuwählen und durch Umgehulung zu unterstützen. Für eine Siedlerstelle werden vom Reich 3000 Mark zur Verfügung gestellt, die die Ausgaben für Wohnung, Grundstück, Kleinvieh, Arbeitsgeräte usw. umfassen. Das Haus selbst muß so einfach als möglich und mit weitestgehender Ausnützung der Selbsthilfe erstellt werden, deren Durchführung am besten in Arbeitsgemeinschaften von 10 bis 12 Erwerbslosen sich ergänzend bewerkstelligen. Das Haus besteht aus einer Wohnküche und 2 Zimmern. Seine Erweiterung um 2 weitere Zimmer ist offenkundig. Der Zusammenbau zweier Häuser ist der Einzelbauweise, die auch viele Vorteile aufweist, vorzuziehen. Wenngleich die Rotterordnung für das Grundstück entsprechend den örtlichen Verhältnissen eine Größe von 600 bis 6000 Quadratmeter vorsieht, so wird für den Anfang eine Grundstücksgröße von 500 bis 1000 Quadratmeter am zweckmäßigsten sein. Die Größe des Grundstückes ermöglicht wohl die Sicherung der Ernährung, macht aber das Vorhandensein einer anderen Erwerbsquelle notwendig. Wenn auch die Siedlung deswegen einen guten Verbleibswahrscheinlichkeit mit den vorhandenen Arbeitsstellen haben muß, so ist sie doch mehr an eine ländliche Vorortgemeinde einer Stadt anzuschließen als an die Stadt selbst.

Der Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen hat mit seinen Vorträgen eine klare Erörterung der überaus wichtigen Angelegenheit der Umgestaltung ermöglicht. Mit Dank sei ihm hierbei von allen Seiten zu teil gewordene Unterstützung anerkannt, die die Bedeutung der Siedlungsbewegung würdend, das Bestreben zeigt, ihren Erfolg vorzubereiten und zu sichern.

Weitere Herabsetzung der Kaminfegergebühren

Auf Anregung des Herrn Ministers des Innern haben sich die Kaminfegermeister des Amtsbezirks Karlsruhe mit folgender Senkung der Kaminfegergebühren einverstanden erklärt:

1. Alle Kaminfegergebühren für sämtliche Kamin- und sonstigen Kaminfegerarbeiten werden ab 1. Januar 1932 um insgesamt 12 v. H. gesenkt. 2. Die Gebühren für das Ausbrennen von Kaminen, Kaminen usw. werden, falls sie bisher höher waren, ab 1. Januar 1932 auf das Vierfache der einfachen Reinigungsgebühr ermäßigt. Auch dieser ermäßigte Satz unterliegt der Senkung von 12 v. H. 3. Kleine Zentralheizungsanlagen bis zu 1 Quadratmeter Heizfläche werden ab 1. Januar 1932 mit einer Gebühr von 0,75 RM. berechnet. Dieser Satz unterliegt ebenfalls der Senkung von 12 v. H.

(2) Zur großen Arme abgerufen wurde der 72jährige Invalide Jakob Kramer, der seit vielen Jahren seinen Lebensabend im städtischen Altersheim verbrachte. In jüngeren Jahren war der nun Verblühter ein fleißiger aktiver Kämpfer in der sozialistischen Bewegung. Mit zunehmendem Alter mußte er auch der aktiven Parteilichkeit Raet sagen, aber die Begeisterung für die edle Sache des Sozialismus

konnte trotz des hohen Alters nicht eingedämmt werden. Er verfolgte die Vorgänge in der Politik recht eifrig und jeden Tag, bei Regen oder Sonnenschein, stand er morgens im Hofe des Volksfreunde und wartete sehnsüchtig, bis der Druck unseres Blattes begann, um von den ersten Exemplaren eines zu erhalten. Er war ein begeisterter Anhänger der Republik, weshalb sein Anschluß an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für ihn eine Selbstverständlichkeit bedeutete. Er bewachte nur, daß er nicht mehr aktiv tätig sein konnte. Das Reichsbanner verlor in ihm sein ältestes Mitglied. Auch persönlich war Jakob Kramer ein verträglicher, liebenswürdiger und von sonnigem Humor ausgezeichneter Kamerad. Wer diesen vortrefflichen Menschen gekannt hat, wird ihm auch über das Grab hinaus ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

(1) Wie erwerbslose Frauen und Mädchen ihre Zeit nützlich verwenden können. Im Haus der Gesundheit in Karlsruhe ist kurz vor Weihnachten der 4. Kurs für erwerbslose Frauen und Mädchen innerhalb des letzten halben Jahres zum Abschluß gekommen. Es dürfte wohl alle Kreise interessieren, daß man mit diesen Kurzen über „Soziale in Familie und Haushalt“ einen Weg gefunden hat, um die Zeit der arbeitslosen weiblichen Jugend und ihre brachliegenden Arbeitskräfte nutzbringend anzuwenden und ihnen gleichseitig Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse auf hauswirtschaftlichem und pflegerischem Gebiet zu erweitern und zu vertiefen. Der Kursplan war folgendermaßen zusammengestellt: Die theoretischen Stunden befahnen sich mit allen Fragen der Gesundheitspflege im täglichen Leben und der Vorbeugung vor Krankheiten. Auch die Grundzüge der Sozialversicherung und Rechtsfragen zum Schutze der Jugendlichen wurden dabei behandelt. Die praktischen Unterweisungen, die teils in Ergänzung der theoretischen Stunden stattfanden, erstreckten sich auf Unterweisung, Zuschneiden und Nähen von Wäsche und Kleibern für Kinder und Erwachsene, ferner auf Nähen im Haushalt (kleine Reparaturen im Haushalt, Herstellung von verschiedenen Gebrauchsgegenständen und Kinderspielsachen aus Reststoffen und aus anderem billigen Material). Besonderer Wert wurde auf die praktische Anleitung in gesundheits- und seelengemäßer Ernährung gelegt. Der körperlichen Erziehung diente hauptsächlich eine Gymnastikstunde, die mit großem Eifer von der sportfreudigen Jugend bearbeitet wurde. Nicht zuletzt wurde versucht, auch lebenskundliche Fragen in den Lehrgang einzubeziehen und erzieherisch auf die jungen Menschen einzuwirken, um sie fürs Leben kompostfest zu machen. Der kameradschaftliche Geist, der sich während der Kurse entwickelte und die einheitliche Gestaltung kleiner Abschlusstage zeigte, daß es auch gelungen ist, den Gemeinschaftsgeist zu pflegen. Die Kurse erstreckten sich über fünf Wochen und umfahnen 70 Unterrichtsstunden. Das Zustandekommen der Kurse ist dem Haus der Gesundheit zu verdanken, das sich dabei der Mitwirkung ehrenamtlicher Lehrkräfte aus den Kreisen der sozialsozialistischen und karitativen Verbände erfreute. Es ist zu wünschen, daß auch im neuen Jahre der erwerbslosen weiblichen Jugend noch recht viele beraterische Bildungsmöglichkeiten geboten werden.

Veranstaltungen

Heinrich Schindus singt in Karlsruhe. Der Konzertdirektion F. Müller ist es gelungen, von Kammeränger Heinrich Schindus, dem populärsten deutschen Gesangsminister, eine Aufnahme für einen Arden- und Wiederabend zu erhalten, welcher am Dienstag, den 18. Februar, 20 Uhr, im großen Saale der Festhalle stattfinden wird. Der Beginn des Kartenverkaufs wird noch bekanntgegeben.

Die Polizei berichtet:

Schlägereien
In der Nacht zum Montag kam es in Durlach in vier Fällen zu Schlägereien, wobei mehrere Personen verletzt wurden. In einem Falle machte ein Teilnehmer von einer Scheintodstrolche Gebrauch, was eine größere Menschenansammlung auf der Hauptstraße zur Folge hatte.

Tierquälerei
Am Samstag wurden am Bahnhof hier vier Männer aus Vietigheim bei Raftatt festgesetzt, welche in letzter Zeit wiederholt auf dem Wiesengelände zwischen Durlach und Weingarten größere Mengen Frösche fingen und sie in Säcken zum Weiterverkauf nach Vietigheim transportierten. Die Polizei nahm ihnen am Samstag nahezu vier Zentner Frösche weg und ließ sie an der Alb wieder aussetzen.

Lichtspielhäuser
Palast-Lichtspiele
Ein ganz reizender Einsatz ist das gegenwärtig in den Palast-Lichtspielen gezeigte Lichtspiel „Ein Auto und kein Geld“ und wie häufig und veranlagt man sich im Auto durch die Welt hochspielen kann wird in diesem Film humorvoll gezeigt. Die Regie bringt die Sache in einen storiellen Rahmen, wobei Dina Gralla den Haupterfolg auf ihr Konto buchen darf. Die heutigen Vorstellungen haben eine besondere Liebeskomik: Dina Gralla ist persönlich anwesend um ihre lieben Karlsruher Filmfreunde begrüßen zu können. Es ist seit langer Zeit wieder das erste Mal, daß ein Filmstar in den Räumen von Karlsruhe wohnt und dürfte der Film dadurch eine besonders Anziehungskraft haben.

(-) Ein 90jähriger. Der frühere Direktor der Kaffee Galerie, Geheimrat Dr. Josef Eisenmann, ein gebürtiger Pfälzer, konnte seinen 90. Geburtstag feiern. Er lebt seit seiner Zurücksetzung in Kassel 1907 in Karlsruhe, wo er in enger Zusammenarbeit mit Hans Thoma und Wilhelm Trübner an der Neuordnung der Karlsruher Kunstgalerie arbeitete. Aus der Feder des Jubilars, der ein feiner Kenner der mittelalterlichen Malerei ist, stammen mehrere kunstgeschichtliche Werte.

(-) Im Haus der Gesundheit Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Straße 1, beginnt am Montag, den 1. Februar 1932, unter nächster Nachmittagskurs „Gesundheitspflege im Kindesalter“, worauf wir alle Frauen und Mädchen, ganz besonders aber die jungen Mütter aufmerksam machen möchten. Der Kurs umfaßt 16 Doppelstunden und findet jeweils Montags und Donnerstags nachmittags von 3.30 bis 5.30 Uhr statt. Es wird Gelegenheit gegeben, sich über die wichtigsten Fragen der Säuglingspflege und Ernährung, der Vorbeugung vor Kinderkrankheiten und der Erziehung zu orientieren. In den belebenden Teil sind praktische Übungen angeschlossen. Außerdem besteht Gelegenheit, in der Säuglingskrippe und im Kindergarten des Hauses der Gesundheit auf Wunsch zu praktizieren. Versäumte Stunden können im folgenden Kurs nachgeholt werden. Die Kursgebühr beträgt 8 M. und kann auf Antrag ermäßigt werden. Anmeldungen nimmt das Haus der Gesundheit entgegen (Telephon Nr. 6580).

(-) Kurse für Schaufenster-Decoratoren. Die neuzeitliche Entwicklung der Volkswirtschaft mit ihren einschneidenden Strukturveränderungen stellt an alle, die im Erwerbsleben stehen, höhere Anforderungen. Dies gilt insbesondere vom Einzelhandelsbereich. Jeder Einzelhändler muß deshalb darauf bedacht sein, sein Wissen und Können zu erweitern und sich den Fortschritten anzupassen. Außerordentlich wichtig ist für den Einzelhändler ein künstlerisch und reformgemäß aufbereitetes Schaufenster. Nun wird vielfach über einen empfindlichen Mangel an Dekorationsgehilfen Personal geflagt, besonders in mittleren und kleineren Geschäften, die sich nicht ständig einen Dekorateur halten können. Es werden deshalb in Karlsruhe Schaufenster-Decorationskurse veranstaltet werden, die drei Wochen dauern. Der Unterricht findet täglich statt, zwei Vorkurse werden eingerichtet, und zwar ein achtstündiger Tages- und ein vierstündiger Abendkurs. Die Unterrichtslehre legt den Hauptwert auf eine gründliche praktische Ausbildung in den Fächern: Dekorationsdesign, Lad-

schreiben, Plakatmalen (Schreibverfahren) und Farbentlehre. Nicht nur die moderne Decorator unter Verwendung wertvollen Materials kann erlernt werden, sondern es wird auch gelehrt, wie man mit einfachen Mitteln ein geschmackvolles, zugkräftiges Fenster gestaltet. Anmeldung und Auskunft: Karlsruher Einzelhandel e. V., Handelshof, Telefon Nr. 96, Zimmer Nr. 17.

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angelegentlich Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung, Waldstr. 28, bezogen werden.
„Die Freunde des Verlags F. A. Brockhaus“ ist die gleichnamige Jahresgabe des alten Verlagsbuchhauses, Leipzig C 1, Querstraße 16, gewidmet. Die gut ausgestattete Schrift wendet sich an den großen Anonymus Leser, verrät aber doch den veredelten Geschmack, den die unbekanntesten Brockhaus-Freunde in aller Welt besitzen. Wertvolle Beiträge von Sigrid Undset, Alexandra David-Neel, Gerhart Hauptmann, Sven Hedin, Max Freilich von Dornheim und anderen bedeutenden Schriftstellern und Gelehrten gestalten das Buchlein in Verbindung mit den Bildbeiträgen zu einem der besten Almanache, die deutsche Verleger herausgeben. Der Verlag sendet das kleine Wert Interessenten gern zu.

Veranstaltungen

Montag, den 18. Januar 1932:
Badisches Landes-Theater: Die fünf Karneval. 20 Uhr.
Cosmos-Theater: Die fünf Karneval. 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: „Spanien“ - Bühnenschauspiel: Spanische und maurische Tänze. (West Entr.) 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: „Die Mutter der Rompage“ - Tonbeiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Der wahre Jakob. Geheime Rätsel.
Palast-Theater: Ein Auto und kein Geld. (Dina Gralla ist persönlich anwesend.) Beiprogramm.
Reizung-Lichtspiele: Nord. Beiprogramm.
Schauburg: X 27. Tonbeiprogramm.
Union-Theater: Himalaschal. Himalayapexpedition. Beiprogramm.

Bitte treten Sie ein! Noch 2 Tage die gewaltigen Vorteile Montag und Dienstag die Haupttage des INVENTUR-AUSVERKAUFS!



... und nun spielen wir den höchsten Trumpf aus:

Reste und Abschnitte

die sich während des Inventur-Ausverkaufs angesammelt haben, gelangen auf **Extratrischen im Lichthof** spottbillig zum Verkauf. Ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Wert **nochmals reduziert! Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Waschsam, Wäschestoffe, Gardinen, Spitzen etc.**

la Sporthemden-Store
Panama u. Oxford, la Qualität
3 1/2 Mtr. Coupon
jetzt nur 1.75

KNOPF

HIMATSCHAL

Der Thron der Götter
Die internationale Himalaya-Expedition 1930 von Prof. Dr. Dyhrenfurth
Eine Tonfilm-Reportage von dem Kampf mit den Bergen über 7000 Meter Höhe

Dieses gigantische Werk, von Prof. Dr. Dyhrenfurth und seinen Mitarbeitern geschaffen, wird alle Kreise begeistern. Frau Professor Dyhrenfurth, welche als einzige Dame die Expedition mitgemacht hat, bezwingt als erste Alpinistin Höhen, die 2000 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Sie sorgt für die Verproviantierung und den Nachschub der Sturmtruppe der Expedition. Sie ist die hilfsbereite Kameradin; sie teilt die Strapazen und Mühsale mit der gesamten Expedition in auch in großen Maße Frauen und Mädchen aller Stände interessieren. Der Film berichtet in klarer Weise von einer der erfolgreichsten großen Fahrten, die je in den Hochgebirgen Zentralasiens ausgetücht wurden, eine Unternehmung, die von der ganzen Kulturwelt mit der größten Spannung verfolgt wurde. Wir sehen im Film Fels- und Eislawinen in die Tiefe rasen, die kühnen Alpinisten lassen sich nicht beirren, immer wieder greifen sie an, in abenteuerlicher Eiskletterei, von Schneestürmen umtobt, bis der höchste Berggipfel bezwungen ist, der je von Menschenbetreten wurde.

Ein gewaltiges Epos der uralten Fehde zwischen Natur u. Mensch

UT UNION-THEATR
Kaiserstraße 211 - Telefon 7868
Nachmittags auf allen Plätzen Einheitspreis von 80 Pfg. Erwerblose und Kleinkinder 50 Pfg. - Jugendliche von 40 Pfg. an
Anfangszeiten 3.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr

Haus der Gesundheit

Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Straße 1
Nachmittagskurs
Über Gesundheitspflege und Erziehung im Kindesalter für Mütter und junge Mädchen
Beginn: 1. Februar 1932, Montags und Donnerstags 1/4 4 - 1/4 6 Uhr (16 Doppelstunden)
Anmeldungen: Haus der Gesundheit (Telephon 6580)

Sparen heißt nicht immer daß bei sinkenden Ausgaben die Einnahmen gleichbleibend sein müßten. In der Werbung durch Inserate zu sparen bedeutet Rückgang der Umsätze. Der Geschäftsmann hat eine vorteilhafte Verkaufszeit vor sich. Anzeigen im Volksfreund helfen ihm dabei

GLORIA PALAST

Ab heute Montag
ein Schlagerfilm, der die Lachmuskeln der Zuschauer nicht zur Ruhe kommen läßt, mit
Weiß Ferdi
dem berühmten Komiker vom Münchner Platz als ewig verliebter „Feldweibel Stopp“
Die Mutter der Kompagnie
10 Akte von Herbstmann. Einquartierung und falschem Alarm. Eine Fülle der lustigsten Episoden.
Nur sonntages Beiprogramm
Anfang 3, 5, 7 und 9 Uhr
Preise von 80 Pfennig an

Schmuck

Brillanten, Uhren, Taschringe, Bestecke nur Qualität, Reparaturen, Umarbeiten, Neuarbeiten nur vom Goldschmied Waldstr. 4. Warum? Weil reell, gut, billig!
Friedrich Abl, Waldstraße 4
gegenüber der Bad. Beamtenbank / Telefon 7 03 4
7 32
Auswahl der Unternehmerr trifft die Reichsbahnverwaltung im Besonderen mit der Firma Deutsche Bahndirektion GmbH in Berlin. Der Vertrag wird im Auftrage u. mit Genehmigung der Reichsbahnverwaltung in Karlsruhe von der Firma Deutsche Bahndirektion GmbH in Berlin abgeschlossen. Diese Firma ist auch

DINA GRALLA

heute in jeder Vorstellung
persönlich anwesend
PALAST-LICHTSPIELE
3.00 5.00 7.00 9.00

Badisches Landes-Theater

Montag, 18. Jan.
Kollbühne:
Januavorstellung

Nina

Komödie
von Bruno Frank
Regie: Edmund Neumann
Mitarbeiter: Erbg. Rabenmader, Seiling, Genter, Heber, Brand, Dahlen, Ders
Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Karlsruhe

Unseren Kameraden die traurige Mitteilung, daß unser ältester Kamerad
Jakob Kramer
im Alter von nahezu 83 Jahren gestorben ist.
Feierbestattung am Dienstag, den 19. Januar, 11 Uhr. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. 754

Volksbühne Blau abholen!

Junges Kinderlied. Kleine paar sucht der 1-2-3-Zimmer-Wohnung an Kinder. Ehepaar abzugeben. Rheinstr. 10. an den Volksfreund.

1 Haartrödenapparat (Volle), 1 Haartrödenapparat (halber), billig zu verkaufen. E. Bertold, Ruffenstraße 86.
Lieber 100 gut erhaltenen **Maß-Anzüge Mäntel, Überz.** 10 M. an in all. Gr. u. Farben, kein Gebraucht, Sammet u. Glatte, anzug, Hosen, Socken, neu u. gebraucht, sowie Bekleidungsartikel, neu, la Qualität.
Anzüge u. Mäntel hauben billig. Zähringerstr. 59a, 11